

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



2/2004

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Bittere Medizin gegen die „deutsche Krankheit“

Unterschiedliche Strategien zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Rezepte zur Genesung des „Patienten Deutschland“ bestimmten die Diskussionen einer wirtschaftspolitischen Fachtagung. Einigkeit gab es über die Diagnose: Deutschland hat seine einstige wirtschaftliche Vorbildrolle verloren. In den letzten Jahren sind wir nicht nur im Wohlstandsniveau von anderen europäischen Ländern überholt worden, auch mit den Herausforderungen am Arbeitsmarkt sind andere Industrieländer besser fertig geworden. Ist Deutschland der „kranke Mann Europas“, wie ifo-Präsident Hans-Werner Sinn urteilt?



Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner ifo-Instituts (links) und der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine waren die prominentesten Kontrahenten beim Streit um die Frage: „Ist Deutschland noch zu retten?“ In der Mitte Tagungsleiter Peter Hampe. Foto: Schröder

Seite 3-4 und Presseschau Seite 24-26

Die Gegenwart der belasteten Vergangenheit Impressionen einer Informationsreise nach Nordirland



Der Konflikt in Nordirland ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Es ist dort „zu friedlich“ geworden. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen 1969 und 1998 haben tiefe Wunden im kollektiven Gedächtnis hinterlassen. Dennoch steht der Nordirlandkonflikt heute als Sinnbild für die Idee eines Friedensprozesses schlechthin.

Seite 5-10

Weitere Themen im Heft:

Gefährdungen der Medienfreiheit

Freier Journalismus ist in vielen Ländern Europas beeinträchtigt.

Seite 14-16

Quotenbringer Politik?

Ein Workshop erarbeitet neue Einschaltimpluse für das Radio.

Seite 11-12

Brückenbauer und Schlachtross

Direktor und Belegschaft verabschieden Klaus Grosch in den Ruhestand.

Seite 20-21

Moralbrache Korruption

Hamburgs ehemaliger Polizeipräsident Justus Woydt analysiert Millionenschäden in Politik und Wirtschaft.

Seite 13

Inhaltsverzeichnis

Patient Deutschland: Medizin gegen die deutsche Krankheit	3
Kalter Friede in Nordirland	5
Quotenbringer Politik? Ende der Funkstille!	11
<u>Korruption:</u> „Moralbrachen“ in Politik und Wirtschaft richten Millionenschäden an	13
Gefährdungen der Medienfreiheit	14
Regionale Kultur ohne Ehrenamt undenkbar	16
Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur	17
Staatsanwälte zwischen allen Stühlen?	18
Brückenbauer und Schlachtross	20
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	22
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	24
Themen – Tagungen – Termine	28
Förderkreis	31
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Saskia Hieber

Internationale Politik

PD Dr. Michael **Piazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**

Ethik und Politik

Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Patient Deutschland: Medizin gegen die deutsche Krankheit

Unterschiedliche Strategien zur Wiederbelebung der Wirtschaft

Deutschland hat seine einstige wirtschaftliche Vorbildrolle verloren. In den letzten Jahren sind wir nicht nur im Wohlstandsniveau von anderen europäischen Ländern überholt worden, auch mit den Herausforderungen am Arbeitsmarkt sind andere Industrieländer besser fertig geworden. „Deutschland ist der kranke Mann Europas“: So lautet das zugleich erschreckende und aufrüttelnde Fazit von Hans-Werner Sinn, dem Präsidenten des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, in seinem jüngst erschienenen Buch „Ist Deutschland noch zu retten?“

Die Akademie hatte Sinn Gelegenheit gegeben, seine Thesen im Rahmen der Tagung „Patient Deutschland“ vorzustellen und mit dem früheren SPD-Vorsitzenden und ehemaligen Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine darüber zu diskutieren. Sinn sieht die Wurzel der „deutschen Krankheit“ vor allem bei den hohen deutschen Arbeitskosten, die unter Globalisierungsbedingungen und angesichts der spezifischen und großzügigen Ausgestaltung des deutschen Sozialstaats hohe Arbeitslosigkeit produzierten. Lafontaine argumentierte demgegenüber überwiegend makroökonomisch bzw. konjunkturell. Trotz dieser unterschiedlichen Diagnosen blieben die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Diskutanten geringer, als es das zahlreich erschienene Publikum wohl erwartet hatte. Nur bei der Frage der angemessenen Lohnpolitik blieb der Dissens unüberbrückbar.

Der Dialog zwischen Sinn und Lafontaine fand auch in den Medien – bis hin zur Übertragung durch „Phoenix“ – ein lebhaftes Echo (siehe Medien-echo Seite 24).

Im weiteren Verlauf der Tagung referierte der Deutschlandexperte der OECD, Eckard Wurzel, über den Hintergrund des Reformbedarfes in Deutschland. Wurzel machte nochmals deutlich, dass Deutschland seit 1993 im Vergleich zum EU-Durchschnitt durchgehend eine negative Wachstumsdifferenz aufweist, die nicht zuletzt auf eine unzureichende Inves-

tionstätigkeit zurückgehe. Dafür seien auch die Regulierungsdichte, der die deutschen Unternehmen ausgesetzt seien, Subventionen und Niederlassungsbeschränkungen im Handwerk



Hans-Werner Sinn fragte: „Ist Deutschland noch zu retten?“

mit verantwortlich. Die ungünstige demographische Entwicklung belastet ebenfalls die wirtschaftlichen Perspektiven. Reformen mahnte Wurzel natürlich auch im Bereich des Arbeitsmarktes an. Deutschland habe eine viel zu hohe Frühverrentungsrate, müsse die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes erhöhen und Fehlanreize abbauen, die die Arbeitsaufnahme verhindern. Im Fiskalbereich monierte Wurzel vor allem, dass seit der Wiedervereinigung die Sozialausgaben deutlich zu Lasten der öffentlichen Investitionen gestiegen seien.

Die anschließende Podiumsdiskussion fokussierte den Reformbedarf und die Reformmöglichkeiten aus Sicht der Bundesregierung, der Bayerischen Staatsregierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften.

Matthias Schürgers vom Bundeswirtschaftsministerium machte sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Probleme für die hohe Arbeitslosigkeit und das geringe Wachstum verantwortlich. In konjunktureller Hinsicht wies er vor allem auf noch bestehende Handlungsmöglichkeiten der (europäischen!) Geldpolitik hin, während die nationale Fiskalpolitik ihre Möglichkeiten bereits ausgereizt habe. In struktureller Hinsicht sprach sich Schürgers unter anderem dafür aus, über die eingeleiteten Reformen hinaus die Anreize für die Frühverrentung zu beseitigen, die Lebensarbeitszeit zu erhöhen und den Arbeitsschutz abzusenken (zum Beispiel Zeitverträge bis zu vier Jahren und weitere Lockerung des Kündigungsschutzes). Betriebliche Abweichungen vom Flächentarifvertrag sollten von den Tarifparteien vereinbart werden, ansonsten müsste der Gesetzgeber aktiv werden. Grundsätzlich empfahl Schürgers aber mehr Zuversicht und Optimismus bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme.

Mehr als nur konjunktureller Schnupfen

Mit Schürgers war sich Jürgen Hofmann vom Bayerischen Wirtschaftsministerium einig, dass Deutschland nicht nur an einem konjunkturellen Schnupfen leidet, sondern mehr noch an strukturellen Defiziten, die durch Veränderungen in den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen verschärft werden. „Wir leben inzwischen zu sehr von der Substanz, sind zu teuer, zu bürokratisch und haben zu wenig ‚Vorwärtsdrive‘! Der Schlüssel zur

Lösung der Probleme sei eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, die vielfältigen Reformbedarf impliziere: Offensiven Strukturwandel, unterstützt durch einen intensivierten Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft; Mobilisierung von mehr Beteiligungskapital und weitere Gründerinitiativen, um Deutschland unternehmerischer zu machen; verstärkte Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen, auch um den Glanz des „German Engineering“ wieder aufzupolieren; Kostenkorrekturen und wettbewerbsgenauere Tarifabschlüsse (gesetzliche Öffnung der Tarifverträge, um betriebliche „Bündnisse für Arbeit“ zu erleichtern); Kombination von Niedriglöhnen und Lohnergänzungen statt Lohnersatzleistungen bei Nichtarbeit; mehr öffentliche Investitionen (auch „Leuchtturmprojekte fördern!“); konjunkturelle Stabilisierung des privaten Verbrauchs und der privaten Investitionen. Die beste Nachfragepolitik sei aber eine überzeugende Angebotspolitik. Hofmann warnte abschließend, derzeit den Verteilungsaspekten zu viel Aufmerksamkeit zu widmen. „Ein Abstieg in Solidarität kann nicht unser Ziel sein.“

Unterschiedliche Rezepte

Thomas Vajna vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall konstatierte, dass der Reformdruck zwar inzwischen wahrgenommen werde, nachdem er allzu lange verharmlost und verdrängt worden sei, was die Kosten der Reformen zusätzlich gesteigert habe. Die Arbeitgeber seien an durchgreifenden Reformen genau so stark interessiert wie die Arbeitnehmer oder andere Bevölkerungsschichten, weil der Standort Deutschland für sie nach wie vor eine starke Option darstelle. „Allerdings sind Arbeitgeber viel eher in der Lage, die negativen Konsequenzen ausgebliebener Reformen zu ertragen, weil sie Teile ihrer Wertschöpfung oder ihren Betrieb ins Ausland verlagern können.“ Der Reformbedarf fokussiere sich auf alle Tatbestände, aus denen sich die standortbezogene Wettbewerbsfähigkeit zusammensetzt: auf das Niveau der Lohnkosten (die Lohnentwicklung muss derzeit hinter der Pro-

duktivitätsentwicklung zurückbleiben!) und der Lohnzusatzkosten, auf die das Steuer- und Sozialsystem einwirke, auf die Flexibilität tarifvertraglicher Standards und auf die Qualität der beruflichen und akademischen Bildung. Vajna zeigte sich mit der kürzlich in der Metallindustrie vereinbar-



Oskar Lafontaine: bei der Lohnpolitik unbeugsam.

Fotos: Hofmann/Schröder

ten „konditionierten Tariföffnungs-klausel“ grundsätzlich zufrieden. Nach zwei bis drei Jahren werde überprüft, ob sie ausreiche.

Wesentlich anders deutete Ulrich Eckelmann von der IG Metall die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme und den Reformbedarf. Unsere wirtschaftspolitische Debatte konzentrie-

re sich auf die falschen Instrumente, ihr fehle ein schlüssiges Gesamtkonzept. Von einer gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbskrise könne keine Rede sein, wie nicht zuletzt die außenwirtschaftlichen Daten belegen. Deutschland profitiere von Globalisierung und Europäisierung. Die eklatanten binnenwirtschaftlichen Probleme seien auf übertriebene öffentliche Konsolidierungsanstrengungen, auf rückläufige öffentliche Investitionen und schwache Lohnzuwächse zurückzuführen. Zur Problemlösung sprach sich Eckelmann für eine bessere Abstimmung der makroökonomischen Instrumente aus, wobei neben den öffentlichen Investitionen auch der Geldpolitik eine wachstumspolitische und nicht nur eine auf den Geldwert bezogene Funktion zukomme. Der Europäische Wachstums- und Stabilitätspakt müsse diesbezüglich flexibler gestaltet werden. Was die Tarifpolitik angeht, so sei sie flexibler als immer wieder behauptet wird. Gewerkschaften seien im übrigen nicht dazu da, schlecht wirtschaftende Unternehmen durch Lohnsenkungen zu belohnen oder sie mit osteuropäischen Konkurrenten wettbewerbsgleich zu machen. Unabdingbar sei, dass die Tarifparteien die Mindestarbeitsbedingungen regeln. Das sichere nicht nur den Beschäftigten die Beteiligung am Wohlstand, dies fördere auch den wirtschaftlichen Strukturwandel. ■

Peter Hampe

(siehe Medienecho Seite 24)

Referenten

Ulrich ECKELMANN, IG Metall, Frankfurt

Mdirg. Dr. Jürgen HOFMANN, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, München

Oskar LAFONTAINE, Bundesminister a.D., Saarbrücken

Prof. Dr. Hans-Werner SINN, ifo Institut, München

MD Dr. Mathias SCHÜRGERS, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin

Prof. Dr. Dieter SPATH, Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, Stuttgart

Dr. Thomas VAJNA, Gesamtmetall, Berlin

Dr. Eckhard WURZEL, OECD, Paris

Tagungsleitung: Prof. Dr. Peter HAMPE, Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Kalter Friede in Nordirland

Eindrücke einer Informationsreise – Sinnbild für einen Friedensprozess

Der Konflikt in Nordirland schafft es nur noch selten in deutsche Zeitungen. Für große Schlagzeilen ist es dort „zu friedlich“ geworden. Die dreißig Jahre der *troubles*, wie die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen 1969 und 1998 genannt werden, haben tiefe Wunden im kollektiven Gedächtnis hinterlassen. Die religiösen, politischen und kulturellen Unter-

schiede haben während dieser Zeit zu einer Atmosphäre der Angst, des Misstrauens und der Feindseligkeit beigetragen und die Gesellschaft Nordirlands auf Generationen hin gespalten. Erst mühsam einigte man sich schließlich am Karfreitag 1998 auf das Friedensabkommen von Belfast. Heute steht der Nordirlandkonflikt als Sinnbild für die Idee eines Friedensprozesses schlechthin. Und es

hat sich viel verändert. Davon konnte sich eine Gruppe von Englisch- und Ethiklehrkräften während einer achttägigen Reise vor Ort überzeugen, die zusammen mit der Akademie für Lehrerfortbildung organisiert wurde. Der Reise vorausgegangen waren drei Tage intensiver Vorbereitung in Tutzing. Vor Ort wurde spürbar: Es ist immer noch ein kalter Friede, der in Nordirland herrscht.

Intensive Vorbereitung auf die Reise in Tutzing

Was unterscheidet nun diesen Konflikt von anderen Minderheitenkonflikten? Wie ist es zu erklären, dass mit Paraden einer Schlacht aus dem 17. Jahrhundert gedacht wird? Ist die Zeit der konfessionellen Streitigkeiten innerhalb des Christentums in Europa nicht schon seit langem überwunden? Für Bernhard Moltmann von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ist die politische Dimension des Nordirlandkonflikts von vier Konfliktlinien geprägt:

- Territorien und Versuche der Grenzziehung spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie sich an den Auseinandersetzungen um Marschrouten der zahlreichen Paraden, der Symbolik durch Farben, Flaggen, Wandmalereien am Straßenbild erkennen lässt.
- Die konfessionelle Spaltung trennt ein relativ geschlossenes katholisches Lager von einem protestantischen Bevölkerungsanteil, der in mindestens drei Gruppen zerfällt. Dies behindert die Verhandlungen und Verständigungsversuche enorm. Die Grup-

pen sind simpel zu etikettieren, es werden kollektive Identitäten beschworen bzw. erschaffen und die gleiche öffentliche Betätigung der katholischen Minderheit war bis vor kurzem tatsächlich nicht gegeben.

- Sozio-ökonomisch sind die Katholiken auf dem Vormarsch und das Problem der Jahrhunderte währenden

Diskriminierung ist heute im Grunde nicht mehr vorhanden.

- Ungeachtet aller parteipolitischen Auseinandersetzungen ist die Mehrheit der Nordiren für den Verbleib bei Großbritannien, die Mehrheit der Briten dagegen will das Problem schnellstmöglich durch eine Trennung loswerden.



Politische Glaubensbekenntnisse an Häuserwänden: ein typisches Straßenbild im protestantischen Ost-Belfast. Fotos: Wolf

Historische Hintergründe des Konflikts

Im Nordostteil der irischen Insel leben zwei Bevölkerungsgruppen nebeneinander, die ihre soziale Identität stark konfessionell bestimmen. Das Bekenntnis steht dabei in erster Linie für die unterschiedliche Herkunft der Gruppen: Die Katholiken, die nur knapp die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, stammen aus der „ursprünglichen“ irischen Bevölkerung. Die Protestanten sind als Teil der britischen und schottischen Siedler seit dem 16. Jahrhundert ins Land gekommen (*plantation*). Mit den Siedlern kam eine neue Sprache und Lebensweise auf die Insel. Zusätzlich waren die meisten der Neuankömmlinge Protestanten, während die irische Bevölkerung überwiegend katholischen Glaubens war. Innerhalb von nur fünfzig Jahren wurde damit die Grundlage für den Konflikt gelegt: Ein Territorium wird von zwei feindseligen Gruppen bevölkert, von denen eine sich usurpiert fühlte, die andere sich von ständiger Rebellion bedroht sah. Über Jahrhunderte hinweg verhärtete sich diese Situation der Differenzen, Diskriminierung, Feindseligkeiten und Aufstände.

Nationalistische Bewegung – Verwehrte Bürgerrechte

Mit der Spaltung der irischen Insel im Jahr 1921 verblieb Nordirland – genau soviel Land, dass die Bevölkerungsmehrheit der Protestanten gesichert war – unter britischer Herrschaft, der Süden wurde als Republik Irland unabhängig. Bis in die 1970er Jahre hinein war den Katholiken in Nordirland eine Mehrzahl der Bürgerrechte, wie z.B. gleiches Stimmrecht bei Kommunalwahlen, verwehrt geblieben, alle wichtigen Ämter und Positionen waren mit Protestanten besetzt.

Allmählich formierte sich eine republikanisch-nationalistische Bewegung, die für die Gleichberechtigung der katholischen Bevölkerung und die Unabhängigkeit von Großbritannien kämpfte. Auf protestantischer Seite sammelten sich loyalistisch-unionistische Kräfte, die für den Verbleib im Vereinigten Königreich und die Aufrechterhaltung der Privilegien stritten.



Straßen werden zu Sackgassen, wenn protestantische und katholische Viertel aneinander grenzen.

3600 Tote

Seit dem massiven Ausbruch des Konflikts 1969, der sich damals akut an der gewaltsamen Behinderung friedlicher Bürgerrechtsproteste entzündete, sind etwa 3600 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 40.000 Menschen sind zum Teil schwer verletzt worden. Die Akteure beider Seiten trugen zur Radikalisierung der Bewegungen bei und haben es immer wieder geschafft, ihre Anliegen in die großen Auseinandersetzungen um Imperialismus und Minderheitenrechte und in den Kontext des Ost-West-Konflikts einzubauen.

Extremisten gewinnen

Nach der Verabschiedung des Belfast-Abkommens von 1998 keimte die Hoffnung, Nordirland könnte zum Modell für eine erfolgreiche

friedliche Konfliktlösung werden: In dem Abkommen verpflichten sich die Unterzeichner zu „Partnerschaft, Gleichheit und gegenseitigem Respekt als Grundlage der Beziehungen“ sowie zu „ausschließlich friedlichen Mitteln“. Außerdem werden „wesentliche Unterschiede“ zwischen den Zielen der verschiedenen Parteien anerkannt. Aus Furcht vor der Stärkung extremer

Kräfte auf beiden Seiten hat die britische Regierung im Mai 2003 entschieden, die Wahlen zur nordirischen Regionalregierung, die auch ein Referendum über den Erfolg oder Misserfolg des Belfast-Abkommens sind, um ein halbes Jahr zu verschieben. Bei der Abstimmung im November 2003 hat sich diese Befürchtung bestätigt: Die pro-britische *Democratic Ulster Party* (DUP) des Reverend Ian Paisley, die das Abkommen ausdrücklich ablehnt, konnte die Zahl ihrer gewonnenen Sitze um die Hälfte steigern. Und auch auf katholischer Seite gelang es der IRA-nahen *Sinn Féin* mit ihrem Vorsitzenden Garry Adams 30 Prozent an Sitzen hinzuzugewinnen. Gemäßigten bzw. liberalen Parteien ist es nicht gelungen, die Bevölkerung von ihrem Verständigungskurs zu überzeugen. mw

Florierende Kriegsökonomie

Warum aber, so fragt man sich, ist der Konflikt in Nordirland trotz der unbestreitbaren Verbesserungen seit Verabschiedung des Belfast-Abkommens immer noch der zentrale Kristallisationspunkt aller Politik und allen öffentlichen Lebens? Denn noch immer werden soziale und politische Konflikte nach alten Mustern und innerhalb überkommen wirkender Kategorien ausgetragen. Parallel zur langsamen Beruhigung der politischen Situation hat sich mittlerweile eine florierende Kriegsökonomie entwickelt, deren Nutznießer Schutz im Austausch mit Gegenleistungen wie Schmuggel, Entführungen oder CD-Plagiaten versprechen. Und da auch die politischen Protagonisten und ihre Organisationen von den Auseinandersetzungen und der damit verbundenen öffentlichen Aufmerksamkeit lebten, hätten sie also, so Moltmanns etwas zynische These, kein Interesse an einer wie auch immer gearteten echten Beilegung oder Überwindung alter Denkmuster. Er hält die Selbstzuschreibung als ethnische Minderheitengruppen im Nationalstaat angesichts der Globalisierung, zumindest in Europa, für anachronistisch und plädierte dafür, die Konfliktperspektive zu öffnen, die Nord-Süd-Dimension auf der Inseln zu erweitern, das staatliche Gewaltmonopol effektiver zu etablieren und mehr konkordanzdemokratische Elemente im politischen Prozess zu verankern.

Terror der „trotzigen Schwachen“

Die Anwendung terroristischer Mittel ist für den Soziologen Peter Waldmann, der sich seit langem einen Namen als Terrorismusexperte gemacht hat, als Kommunikationsstrategie des „trotzigen Schwachen“ zu interpretieren, der damit Angst und Schrecken bei Opfern und Gegnern, Sympathie und Schadenfreude bei (angeblichen/vermeintlichen) Anhängern hervorrufen möchte. Ihre terroristische Strategie rechtfertigt die IRA, die Waldmann eher als „territoriale Kämpfer“ denn als Freiheitskämpfer bezeichnen möchte, nach Außen mit den Erfahrungen, die

die katholische Bevölkerung mit der britischen „Kolonialmacht“ gemacht hatte. Denn die von der katholischen Mittelschicht getragene Bürgerrechtsbewegung von 1969 war betont gewaltfrei. Erst die scharfen, gewaltsamen Reaktionen protestantischer Gruppen und der britischen Armee haben zur Radikalisierung der Bewegung und schließlich zum Aufstieg paramilitärischer und terroristischer Gruppen wie der IRA und deren Splittergruppe *Provisional IRA* beigetragen. Als Legitimationsstrategie nach Innen sieht der Augsburger Soziologe die IRA als quasi-staatliche Ersatzautorität wirken, die soziale, Justiz- und Po-

lizeaufgaben innerhalb der katholischen Gemeinschaften übernimmt. Das britische Verbot identitätsstiftender Rituale wie der öffentlichen Heimführung, Aufbahrung und gemeinschaftlichen Ehrerbietung gegenüber getöteten IRA-Kämpfern habe entscheidend zur Stärkung des Zusammenhalts zwischen den Katholiken und deren Unterstützung für die IRA beigetragen. Waldmann ist überzeugt, dass Marginalisierung nur radikalisiert und so empfiehlt er, Randgruppen institutionell in die Pflicht zu nehmen, statt ihnen nur noch den Weg in den Untergrund zu lassen.

Die lebendige Vergangenheit der *troubles*

Eindrücke vor Ort ergänzen das Tutzing Seminar

In Nordirland hatte die Gruppe im Gespräch mit zahlreichen Experten aus Politik, Schulwesen, Wissenschaft und Gesellschaft Gelegenheit, sich selbst ein Bild von der heutigen Situation zu machen und die theoretische Vorbereitung aus Tutzing mit praktischen Erfahrungen zu beleben. Deutlich wurde dabei immer wieder, welche zentrale Rolle die Vergangenheit der *troubles*, wie der Konflikt in Nordirland oft genannt wird, im öffentlichen Leben und im Denken der Menschen spielt. Kaum einer der Gesprächspartner entwarf Szenarien für die zukünftige politische Entwicklung. Statt dessen verharrten viele bei einer Analyse der vergangenen Auseinandersetzungen und zeigten sich skeptisch über die Erfolgsaussichten des Abkommens von 1998. Oder sie waren derart mit den Problemen des Alltags beschäftigt, dass sie keinen Gedanken an visionäre Zukunftsentwürfe verschwendeten.

Starke Symbolik im öffentlichen Leben und Gedenken

Im Zentrum von Belfast ist der Konflikt und sein Erbe kaum zu spüren. Man findet die gleichen englischen Ladenketten in den Einkaufsstraßen, die gleichen Fastfood-Restaurants, einen ähnlichen Baustil wie in anderen englischen Städten dieser Größe. Sobald man aber den Stadtkern und die anschließenden „integrierten Straßenzüge“ der Mittelschicht verlässt und in die konfessionell segregierten Wohn-

bezirke fährt, passiert man aufwändige und gut in Stand gehaltene Wandmalereien, sog. *murals*, die der Hungerstreikenden von 1981 oder anderer Helden der nationalistischen Geschichte Nordirlands gedenken. Oder man steht vor deren unionistischen Pendants in Erinnerung an siegreiche Schlachten aus dem 17. Jahrhundert. Hier wird deutlich, wie die jeweilige kollektive Erinnerung an die Gewalt wachgehalten wird. Hier kennt jeder die Leidensgeschichte der eigenen Familie. Kontakte zu „den anderen“ gibt es im Alltag vieler Menschen kaum. Hier, innerhalb der eigenen konfessi-

onell definierten Gemeinschaft wird gearbeitet, eingekauft, zur Schule gegangen. Eingeweihte wissen genau, wo die Trennungslinien verlaufen – und übertreten diese, wenn überhaupt, auch heute noch nur zögerlich. Mit vielen kleinen Symbolen grenzt sich jedes Viertel von seinen Nachbarn ab: Fahnen, die Namen der Pubs, Bemalung der Bordsteine in den jeweiligen Far-

ler – und übrigens auch Lehrer – lernen, kreativ mit Konflikten umzugehen, sich selbst und andere zu respektieren und kulturelle Diversität positiv zu erfahren und damit umzugehen.

Doch viele dieser Ziele scheitern entweder am Zynismus der Lehrkräfte bzw. deren mangelnder Ausbildung für diese schwierige Aufgabe oder daran,

Schießübungen während des Unterrichts

Diese Situation hat seit den frühen achtziger Jahren immer wieder Elterninitiativen dazu bewogen, selbst eine überkonfessionelle, integrierte Schule zu gründen. Die älteste und bekannteste dieser wenigen Schulen ist das in den Hügeln außerhalb Belfasts gelegene *Lagan College*. 1981 wurde der Unterricht mit 28 Schülern aufgenommen, heute besuchen 120 Schüler unterschiedlicher Konfessionen aus verschiedensten Vierteln Belfasts diese gut ausgestattete Vorzeigeschule. Hier wird die gesellschaftliche Trennung und die Mechanismen deren Aufrechterhaltung offensiv thematisiert, auch im gemeinsamen Geschichts- und Religionsunterricht, so Schulleiterin Helen McHugh. Und die auskunftsfreudigen Schüler, die sie für den Besuch der deutschen Lehrergruppe abgestellt hat, bestätigen dies. Sie scheinen sich aber auch ihrer privilegierten Ausbildungssituation bewusst zu sein.



Wandmalereien gedenken der IRA-Kämpfer von 1981, die nach einem Hungerstreik starben.

ben. Der physischen territorialen Abschottung durch die „peace wall“, eine stacheldrahtbewehrte Mauer zwischen katholischen und protestantischen Vierteln, die nur wenige Durchlässe hat, bedarf es heute nicht mehr. Die Selbst-Segregation macht solche Maßnahmen heute überflüssig.

Trennung auch in den Schulen

Ein Versuch, die Selbstisolation zu überwinden, ist die schulische Querschnittsaufgabe der *Education for Mutual Understanding*. Denn rund 95 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Nordirland besuchen eine konfessionell gebundene Schule. Norman Richardson, am *Stranmillis University College* zuständig für die Ausbildung junger Lehrer in religiösen Studien, möchte nicht entscheiden, ob die getrennten Schulen Ursache oder Symptom der unveränderten Situation sind. Mit der Werteerziehung sollen Schü-

ler Inhalte zugunsten des bloßen Kontakts mit Schülern der anderen Seite vernachlässigt wurden. Besonders unzufrieden ist Richardson, der auch Vorsitzender des nordirischen *Interfaith Forum* ist, mit den Lehrplänen in Geschichte und Religion. In Geschichte gebe es für beide Seiten etliche „no-go areas“, wie die irische Hungerkatastrophe der 1840er Jahre oder viele Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Der protestantische Geschichtsunterricht zum Beispiel sei stark auf englische Geschichte fokussiert; Nordirland tauche hier erst auf, wenn es zum Problem für England wird. Ähnliches gelte für den Lehrplan in Religion, der von den Kirchen bestimmt werde, damit stark konfessionell geprägt sei und religiöse Diversität vollkommen ausklammere. Doch die Regierung, so Richardson, ein Protestant, der sich als „critical christian“ bezeichnet, schreibe vor einer Auseinandersetzung mit den Kirchen zurück.

Da haben es die Schüler von Martin Bowen schwerer. Sie besuchen die katholische *St. Peter's High School Creggan*, die in einer der ärmsten Gegenden der durch die Ereignisse des *Bloody Sunday* berühmt gewordenen Stadt Derry liegt. Lange Zeit wagten Polizei und Militär es nicht, diese Hochburg der IRA-Aktivisten zu betreten. Dort, wo die Schüler heute *Gaelic Football* spielen (Protestanten bevorzugen das englische Rugby) haben früher IRA-Kämpfer und *provos*, die Aktivisten der Splittergruppe *Provisional IRA*, ihre Schießübungen abgehalten – während des Unterrichts und vor den Augen von Schülern und Lehrern. Bei einem Zusammenstoß mit britischen Truppen suchten über 1000 Schüler Schutz im Inneren des Gebäudekomplexes. Noch heute zeugen Einschusslöcher in den Regalen der Schulbibliothek von dieser Zeit. Heute sind es vor allem soziale Probleme, mit denen die Schüler zu kämpfen haben. Die Arbeitslosenrate ist in Creggan sehr hoch, besonders unter den Männern, die viel Zeit auf der Hunderennbahn verbringen, während ihre Frauen oft noch wenigstens zeitweilig eine Be-

schäftigung in der Textilindustrie finden. Um überhaupt etwas Warmes zu essen zu bekommen, erhalten drei Viertel aller Schüler täglich eine kostenlose Mahlzeit. Seit nach langem Ringen mit dem örtlichen Bischof auch noch eine Zahnärztin eingestellt wurde, hat sich die gesundheitliche Situation seiner Schüler verbessert, berichtet Schulleiter Bowen. Er verzichtet auf ausführliche Diskussionsnachmittage zu strittigen Themen, wie sie regelmäßig am *Lagan College* stattfinden. Er ist zufrieden, wenn es ihm gelingt „to make the boys happy and allow them to learn and not teach them.“ Mit dem Angebot und der Ausstattung des integrierten, privat initiierten *Lagan College* kann *St. Peter's* nicht mithalten, doch erscheinen Lehrer und Schüler hier mindestens so motiviert wie dort. Unter schwierigsten Bedingungen leisten sie täglich einen enormen Beitrag zur Überwindung des Erbes der *troubles*, auch an einer nicht-integrierten Schule. Auf die Frage, welcher Seite er sich zugehörig fühle, antwortet Martin Bowen, der aus einer gemischt-konfessionellen Familie stammt: „I don't have any politics, loyalist or nationalist, as long as it is peaceful.“

Eingeschränkte Selbstverwaltung

Dies würden in *Stormont Castle*, wo die Nordirische Regionalversammlung ihren Sitz hat, wohl nur wenige sagen. Im Oktober 2002 wurden die eingeschränkten legislativen Befugnisse, die der Versammlung mit dem Belfast-Abkommen übertragen wurden, zum wiederholten Male aufgehoben und auf die Regierung in London übertragen. Diese hat sich ohnehin die Zuständigkeit für alle Finanz-, Verteidigungs- und Sicherheitsfragen vorbehalten. Dies könnte sich frühestens dann ändern, wenn die derzeit laufenden Beratungen über die Fortschritte des Belfast-Abkommens beendet sind und man in Westminster Anzeichen für eine eigenständige Arbeit in Stormont sieht, so Parlamentsmitarbeiter Joe Reynolds. Währenddessen arbeitet hier eine Parlamentsverwaltung in Wartestellung. Ungeachtet dessen gehen die scharfen politischen Auseinandersetzungen zwischen den protestantisch-



Abgeschottet und schwer bewacht: eine Polizeistation in Derry

loyalistischen und den katholisch-nationalistischen Kontrahenten weiter. Ein Treueeid auf die englische Königin würde etlichen Abgeordneten, unter ihnen ja einige der IRA-nahen *Sinn Féin* nicht über die Lippen kommen, und so hat man sich auf einen neutralen Amtseid geeinigt. Um der Zersplitterung in die verschiedenen Gruppen gerecht zu werden, bedürfen besonders sensible Themen – und das sind hier viele – neben der 2/3-Mehrheit der Abgeordneten zusätzlich der Zustimmung von 40 Prozent der Mitglieder aller Fraktionen.

Polizeireform ganz oben auf der Agenda

Da der Spaltung der Verwaltungseinheit Nordirland von der Republik Irland der gesellschaftlich-demokratische Rückhalt fehlte und es eines starken Sicherheitsapparats bedarf, war das Polizeiwesen bereits früh ein zentrales Thema des Konflikts. Die protestantisch dominierte *Royal Ulster Constabulary* (RUC) – allein der Name stellte für Nationalisten eine Provokation dar – und die mehr einer bewaffneten Miliz ähnelnde *Ulster*



Special Constabulary genossen keinerlei Vertrauen in der katholischen Bevölkerung. Kein Wunder, denn die weitreichenden Befugnisse, die sogar Staatsbesucher aus dem Südafrika der Apartheid beeindruckten, richteten sich meist gegen Katholiken: Uneingeschränkte Haft ohne Prozess, kaum Berufungsmöglichkeiten, Notstandsgesetze, Gewaltanwendung, großzügige präventive Untersuchungsmöglichkeiten. So wurde die Reform der Polizeikräfte einer der wichtigsten Punkte auf der nationalistischen Agenda. Und tatsächlich gelingt es langsam, die Polizei in Nordirland grundlegend umzukrempeln und das öffentliche Vertrauen wieder herzustellen. So änderte die RUC ihren Namen, verabschiedete sich von für Katholiken provozierenden Symbolen wie der Krone und versucht mittels Einstellungsquoten die Rekrutierung von Katholiken, Frauen und Minderheiten zu fördern. Außerdem wurde ein sensibles System von Beschwerdegremien etabliert, das sich aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft zusammensetzt.

Provokante Paraden des Orange Order

Unabhängige Kommissionen und Beobachter begleiten auch die Paraden des *Orange Order*, der jährlich des Sieges des protestantischen Wilhelm von Oranien in der Schlacht am Fluß Boyne als Sieg der Demokratie über die Despotie gedenkt. Dominic Bryan, Direktor des Instituts für Irische Studien an der Queen's University Belfast, hält diese Interpretation für einen reinen Gründungsmythos. Tatsächlich sei die Schlacht keine irische, sondern eine europäische Angelegenheit gewesen, die sich zufällig auf irischem Boden ereignete. Hier werde ein Erbe reklamiert, das erst erfunden werden müsse. Doch noch heute engagieren die einzelnen Logen des *Orange Order*, der erst hundert Jahre nach dieser Schlacht gegründet wurde und heute

in jeder größeren Gemeinde oder Stadt vertreten ist, teure Kapellen, um mit Fahnen und Abzeichen geschmückt durch die Straßen zu ziehen. Lange Zeit störten diese einem Straßenfest ähnlichen Umzüge auch die Katholiken wenig, doch spätestens nach Ausbruch der *troubles* wurden die protes-



Mit solchen, z.T. verbotenen Flaggen demonstriert der Orange Order seine Loyalität zur englischen Krone.

tantischen Triumphmärsche durch katholische Straßenzüge als offene Provokation verstanden und so kam es während der *marching season* immer wieder zu heftigen Gewaltausbrüchen. Mittlerweile schwinden den Logen die Mitglieder, doch dafür freuen sich die oft im paramilitärischen, sektiererischen Milieu anzusiedelnden Musikgruppen über Zulauf. Die Paraden, von denen zwischen Ostermontag und Mitte Dezember mehrere Dutzend von verschiedensten Organisationen durchgeführt werden und sich oft über mehrere Tage hinziehen, kosten die nordirischen Steuerzahler wegen des hohen Bedarfs an Polizei jährlich zwischen 40 und 50 Millionen Pfund, schätzt Bryan. Oft sind zähe Verhandlungen zwischen Polizei, *orangemen* und Anwohnern nötig, um sich auf Marschrouten zu einigen und gewaltsame Zusammenstöße zu verhindern. Seit die Polizei, die früher protestantisch dominiert und von loyalistischen Oranien durchsetzt war, weniger Geduld mit den Marschierenden hat, sind die Nationalisten mit der Situation zufrieden – und die Loyalisten verstört.

Corrymeela – eine ökumenische Gemeinschaft auf dem „Hügel der Hoffnung“

„When you're in power everything seems okay: voting rights, job discrimination, housing problems.“ Alisdair

Kilgore war über dreißig Jahre lang Lehrer an einer Schule in einem protestantischen Viertel Belfasts. Etwa ein Drittel seiner Schüler, erzählt er, kamen aus Familien aktiver Paramilitärs. Getrieben vom studentischen Elan der 1960er Jahre gründete er gemeinsam mit anderen Freunden aus der liberalen presbyterianischen Tradition die ökumenische Gemeinschaft von Corrymeela, die sich zunächst vor allem um jene kümmerten, die während der ersten Jahre der *troubles*, als über 20 000 Häuser niederbrannten, obdachlos geworden waren. In einer Atmosphäre der Sicherheit und des Vertrauens ermöglichte Corrymeela es diesen Leuten, ihre persönlichen Geschichten zu erzählen. Daher konnte der Leiter von Corrymeela direkte Kontakte zu heutigen paramilitärischen Führungspersonen knüpfen, die sich nutzen lassen, wenn er sich um Verständigung und Aussöhnung bemüht. Mit der Polizei besteht eine Art Vereinbarung, dass sie die Gemeinschaft unbehelligt lässt, weil sie weiß, dass die Menschen hier um Neutralität und Konfliktlösung bemüht sind. Schwieriger gestaltet sich die Arbeit mit den Kirchen, die den Beitrag der Religion und der kirchlichen Institutionen im Konflikt als gering beurteilen. Inzwischen konnten sich hier rund 100 000 Menschen mit „der anderen Seite“ darüber austauschen, was es bedeutet Katholik oder Protestant in Nordirland zu sein. Was die Teilnehmer dabei am meisten berührt ist die Einsicht, dass das Gegenüber oft die gleiche Hilflosigkeit und Wut empfindet, und, noch simpler, dass Veränderung möglich ist. Nur ein erster, aber doch unabdingbarer Schritt zu einer friedlicheren Zukunft für Nordirland.

■ Miriam Wolf

Quotenbringer Politik? Ende der Funkstille!

Radio-Workshop erarbeitet neue Einschaltimpulse für das Radio

Muss Politik im Radio langweilig sein? Kann der Spagat zwischen Seriosität und Unterhaltung gelingen? Nur die wenigsten Menschen hören Radio, um sich zu informieren. Sie schauen lieber fern, surfen im Internet oder lesen Zeitung. Sie hören Musik, die anregt und nicht aufregt. Comedy und Gewinnspiele füllen die Lücken. Das professionelle Begleitprogramm ist planbar und vorhersehbar. Das perfekte Nebenbei-Medium ist jederzeit ein- und ausschaltbar. Doch es gibt noch Nischen, in denen Lokal- und Regionalradios neue Einschaltimpulse finden. Unser Workshop in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung setzte auf Inhalte, die neugierig machen und auf Formate, die den Hörer fesseln und nicht nur nebenbei berieseln. Aufregend, kreativ, abwechslungsreich, überraschend und unverzichtbar soll dieses Radio sein, um sich gegenüber Konkurrenz behaupten und positionieren zu können.

Das Pilotseminar versammelte viele Redaktionsleiter, Redakteure und Volontäre von Sendern zwischen Schwerin und Berchtesgaden. Die Palette war breit gefächert und reichte von der öffentlich-rechtlichen Anstalt über das kommerzielle Landesradio bis zum gemeinnützigen Radioverein. Gemeinsam mit Praktikern wurden Hilfsmittel erarbeitet, wie Politik, die doch alle betrifft, interessant und bürgernah vermittelt werden kann.

„News to use“ – das sind Nachrichten mit Nutz- und Gebrauchswert für den Hörer (Rainer Hirsch, Radio Hamburg). Hier kann das Radio ansetzen, indem es Politik näher an den Hörer heranbringt. Es bedeutet, dem Hörer verständlich zu machen, dass das, was „da oben“ entscheidet, auch Folgen für sein Leben hat.



Rainer Hirsch von Radio Hamburg: „News to use“ sind Nachrichten mit Nutz- und Gebrauchswert für den Hörer.

Wolfgang Grossmann (SWR 1) orientiert sich am „A.I.D.A.-Prinzip“ (attraction, interest, desire, action): Bei einem politischen Ereignis besteht ein Interesse nach Information. Aus dem Wunsch des Hörers nach umfassender Information entsteht für

die Radiomacher eine Aktion. Diese Aktion kann eine Expertenrunde im Studio sein, bei der die Zuhörer anrufen und Fragen stellen können.

Begleitung und Lebenshilfe bietet das Radio, wenn es politische Sachverhalte erklärt. Warum ist es im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl so wichtig, dass sich die Parteien über die Kandidaten einigen? Warum wird das deutsche Staatsoberhaupt von der Bundes-

versammlung gewählt? Wer oder was ist das überhaupt? Nur die wenigsten durchschnittlichen Radiohörer können sich diese Fragen selbst beantworten oder können etwas mit den abgehobenen und oft verschleiern den Begriffen anfangen, die die Politiker so gern benutzen.

Genau in diese Lücke kann das Radio seine Formate setzen und auf unkomplizierte Weise schwierige Sachverhalte höreman anschaulich vermitteln.

Der durchschnittliche Hörer ist nicht unbedingt politikverdrossen, sondern

nur häufig von den falschen Versprechungen der Politiker enttäuscht. Es müsste eher Politikerverdrossenheit heißen.

Politik geht alle an. Nachrichten sind immer eine Auswahl. Erst die Medien machen ein Ereignis zur Nachricht. Radiomacher sind deshalb auch Politikmacher und tragen damit ein hohes Maß an Verantwortung. Mit ihrer Auswahl entscheiden sie, „worüber Deutschland spricht“.

Aktuelles Beispiel ist die Gesundheitsreform, von der jeder in irgendeiner Weise betroffen ist. Wichtig ist nun heraus zu finden, wie die Menschen zu diesem Thema denken, wo Bedarf nach mehr Information besteht. Dafür das jeweils richtige Format zu finden, ist Aufgabe des Radiojournalisten.



„Politik im Hörfunk muss nicht langweilig sein“ ist das Credo von Wolfgang Grossmann von SWR 1. Fotos: Winckler

Klaus W. Becker, stellvertretender Programmdirektor vom landesweiten kommerziellen Radio FFH in Hessen machte Vorschläge, das sperrige, komplizierte und trockene Thema spannend und informativ aufzubereiten: Vom ersten Tag an hatte Radio FFH in seinem Programm die Rubrik „Wir küssen die Behörden wach“ verankert: immer dienstags, über mehrere Stunden hinweg mehrmals täglich. Hörer wendeten sich mit ihren kleinen und größeren Alltagsproblemen an den

Sender, die der zuständige Redakteur innerhalb weniger Stunden als „Ombudsmann“ zu lösen versuchte. Ab 9 Uhr wurden Thema und „Opfer“ vorgestellt, gegen Mittag wurde die Recherche mit Originaltönen präsentiert und am späten Nachmittag gab es die Lösung. Inzwischen hat sich das erfolgreiche Format gewandelt und wurde von vielen anderen Sendern kopiert. Maria von Welsers „Mit mir nicht“ beim ZDF und Gert Müller-Gerbes waren Nachkommen dieser FFH-Erfindung.

Ratgebersendungen mit Expertenrunden, in denen Fragen des Publikums beantwortet werden können und die klassische Reportage sind solche Möglichkeiten. Der Hörer sollte dabei einerseits zugleich Informationen erhalten, als auch das Gefühl bekommen, dass seine Meinung wichtig ist. Andererseits sollte er jedoch nicht wie ein dummes Schulkind behandelt werden, dem man zu spüren gibt, wie wenig es weiß.

Emotion und Nähe

„Politik im Hörfunk muss nicht langweilig sein“, ist auch das Credo von Wolfgang Grossmann, Chef vom Dienst bei SRW 1, der öffentlich-rechtlichen Landeswelle in Rheinland-Pfalz. Aber sie darf auch nicht auf Comedy-Formate wie die „Gerd-Show“ reduziert werden: „Wenn Politik in populären Programmen nur noch durch den Kakao gezogen wird, wer soll Politiker dann noch ernst nehmen?“ Fatal sei, dass Vorurteile verstärkt würden. Grossmann setzt auf die Umsetzung: „Wenn die spannend ist, kommt keine Langeweile auf.“ Emotion und Nähe breiten sich aus, wenn Hörer nach einer Regierungserklärung als Kanzler-Kritiker auftreten. Oder die Reporter begleiten die jüngste Bundestagsabgeordnete des Sendegebietes bei ihren ersten Schritten durch die Hauptstadt und erfragen regelmäßig ihre Meinung zu aktuellen Ereignissen der Berliner Politik. Sein Fazit: „Politik ist kein Quotenkiller, wenn die Aufbereitung stimmt und die Information nutzbar, weiterführend und unterhaltsam ist.

Bundespolitik muss wann immer möglich auf die Region „heruntergebrochen“ werden. Das schafft Nähe, Verständlichkeit und Erfahrbarkeit. Radio sollte Partner des Hörers sein, ohne sich mit ihm gemein zu machen oder ihm nach dem Munde zu reden.“

EINE MINUTE VOR ACHT UHR,
UEBE HÖRER, DIE NACHRICHTEN
AUF IHREM PRIVATSENDER!
BONN! KANZLER BESTREITET!
PARIS! MODE KURZ!
MOSKAU! FLUGZEUG RUNTER!
LONDON! KÖNIGIN REIST!
UND JETZT ENDLICH WEITER
MIT MUSIK !!



Cartoon: Peter Butschkow/W.Baaske

Um die politische Allgemeinbildung steht es sowohl in Deutschland wie auch in Österreich eher schlecht, berichtete Ullrich Jelinek vom Life Radio Linz. Nur wenige Passanten kannten den Namen des oberösterreichischen Landeshauptmanns (Ministerpräsident). Hirsch erzählte von einer Straßenumfrage in Hamburg: kaum

„Wenn Politik in populären Programmen nur noch durch den Kakao gezogen wird, wer soll Politiker dann noch ernst nehmen?“

Wolfgang Grossmann

jemand wusste, was die Bundesversammlung ist. Das Radio hat die Chance, an dieser Misere etwas zu ändern. Das Radio hat als „Anwalt des Volkes“ (Becker) auch die Aufgabe, die Hörer politisch aufzuklären. Denn Verdrossenheit über Politik und ihre Akteure

entsteht nicht nur durch Desinteresse oder Enttäuschung, sondern vor allem, wenn Bürger schwierige Sachverhalte nicht verstehen oder darin keinen Nutzwert für das eigene Leben erkennen. Vereinfachung von Sachverhalten ja – aber Herabsetzung der Bedeutung wie bei der Comedy auf keinen Fall.

Radio hat die große Chance, Menschen in ihrem täglichen Leben zu begleiten, für den Bürger da zu sein, so Klaus W. Becker. Radio kann für den Hörer eine Stütze sein und Lebenshilfe bieten. Dafür wird der Bedarf angesichts wachsender sozialer Probleme und der zunehmenden Unübersichtlichkeit und Kompliziertheit des Lebens immer größer.

„Radio mit persönlichem Bezug“ (Hirsch) ist mehr als nur Unterhaltung. Es soll dem Hörer die Möglichkeit geboten werden, über aktuelle Ereignisse mitreden zu können. Nicht nur allein durch die nackten Fakten, so auch

durch die Tatsache, dass Themen so aufbereitet werden, dass der Hörer sie in das Weltgeschehen einzuordnen versteht.

Der Grundtenor der Tagung war eindeutig: die Bürger sind durchaus an Politik interessiert, nicht jedoch an einer nüchternen Darstellungsweise, die am Leben der Menschen keinen Anteil nimmt und sie nicht in das Geschehen „da oben“ mit einbezieht. Der Workshop wurde ein Platz des kreativen Austauschs, für den in den meisten Redaktionen auf Grund von Zeit- und Personalmangel meist wenig Zeit bleibt. ■

Dorothea Winckler/Michael Schröder

Dokumentation der Tagung demnächst zu beziehen über: Bundeszentrale für politische Bildung, Berthold L. Flöper, Journalistenprogramm, Adenauerallee 86 53113 Bonn, Tel. +49(0)1888/515-558 Fax: +49(0)1888/515-586 E-Mail: floeper@bpb.de www.bpb.de

Korruption:

„Moralbrachen“ in Politik und Wirtschaft richten Millionenschäden an

„Information und Transparenz sind die besten Instrumente gegen Korruption“, sagt Justus Woydt. Er weiß, wovon er spricht: er war bis zum Amtsantritt des berüchtigten Hamburger Innensenators Ronald B. Schill Polizeipräsident in Hamburg und arbeitet heute ehrenamtlich für „transparency international“, einer Anti-Korruptionsinitiative.

Woydt sprach vor Radioredakteuren aus der ganzen Bundesrepublik und konnte hilfreiche Hintergrundinformationen für journalistische Recherchen liefern.

Deutschland liegt nach den Angaben von „transparency“ im internationalen Vergleich weltweit auf einem nicht zufriedenstellenden Platz 16; in Westeuropa auf Platz 8. Skandinavische Länder sind am wenigsten anfällig; in Mittel- und Osteuropa sind die Zahlen noch bedrohlicher (siehe Graphik), „was uns nicht beruhigen darf“. Seit 1997 gibt es die Delikte Bestechung und Bestechlichkeit nicht mehr nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der Wirtschaft. Die sekundären Folgen seien viel höher zu veranschlagen als die direkten Bestechungssummen.

Die Baubranche gilt nach Woydt als „Moralbrache“: 39 Prozent der „Geber“ stammen aus diesem Bereich. Insofern war es Zufall und doch typisch, dass die Enthüllungen um Bestechung im Zusammenhang mit dem Bau der Münchner „Allianz-Arena“ und die Verhaftung des TSV 1860-Präsidenten Karl-Heinz Wildmoser und seines Sohnes in die Zeit der Tagung fielen. Handwerk und Gesundheit belegen mit jeweils rund 15 Prozent die Plätze 2 und 3. Bei den „Nehmern“ steht das Gesundheitswesen an der Spitze (35 Prozent), gefolgt von Bauämtern (11 Prozent). Bei der Korruptionsbekämpfung setzt Woydt zusammen mit „transparency“ auf das „Vier-Säulenmodell“: bei Mandatsträgern müsse mehr



Ex-Polizeipräsident Justus Woydt forderte Informationssicherungsgesetze auch für Deutschland.

Foto: ms

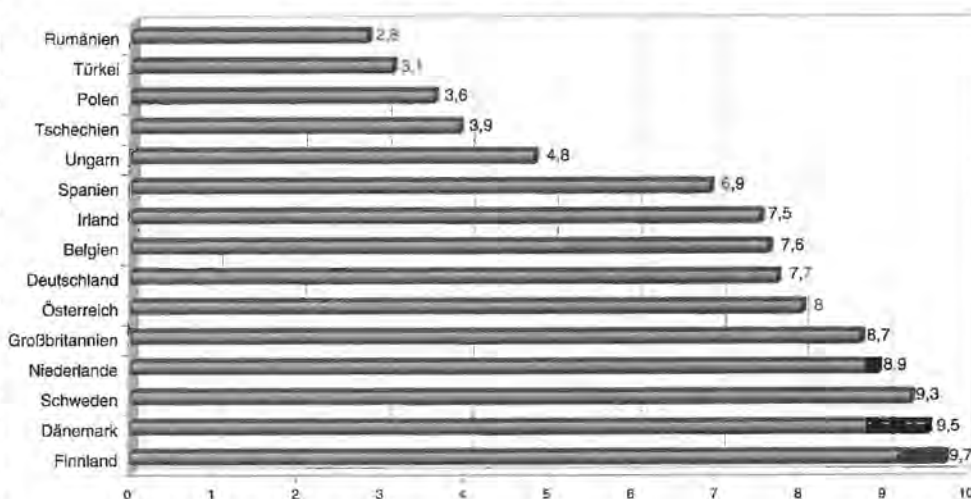
auf die Vorbildfunktion und einen verbindlichen Ehrenkodex geachtet werden. Er forderte „gläserne Taschen“ für alle öffentlichen Amtsträger. Ferner seien Verwaltung und öffentliche Unternehmen – auch privatisierte – besser zu kontrollieren. Und schließlich müsse die Zivilgesellschaft – hier besonders die Journalisten – in ihren Kontrollmöglichkeiten gestärkt werden. Ein probates – und in Skandinavien erfolgreiches Mittel – seien sogenannte Informationssicherungsgesetze, die den Zugang zu Akten er-

leichtern. Solche Gesetze forderte Woydt auch für Deutschland.

Aus der Sicht des erfolgreichen Rechercheurs auf diesem Feld konnte Georg Rose von Radio Wuppertal den Kolleginnen und Kollegen aus dem Journalismus praktische Tipps für investigatives Arbeiten geben. In Wuppertal („Bergisch-Sizilien“ oder auch „Hauptstadt der Korruption“) sind 750 Korruptionsverfahren anhängig. Im Mittelpunkt stand der Oberbürgermeister Hans Kremendahl, der inzwischen in der ersten Instanz freigesprochen wurde. Rose stieß in ein Wespennest und Geflecht von Bauindustrie, Politikern und anderen kommunalen Eliten, deren Absprachen allein im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu einem Schaden von 25 Millionen Euro geführt haben. Rose, dessen Arbeit inzwischen mehrfach ausgezeichnet wurde, deckte in enger Recherche-Kooperation mit anderen Medien den Skandal auf. Er sah sich während seiner Nachforschungen einer vielfältigen „Gegendruck-Kampagne“ ausgesetzt, die ihn zeitweilig „an den Rand der bürgerlichen Existenz“ brachte. Fehlerfreies Arbeiten mit vielen Quellen sei unerlässlich. Seine Veröffentlichungen brachten ihm keine Gegendarstellungen ein. Und privat müsse der Journalist „ein tadelloses Leben führen“: „Illegal beschäftigte Putzfrauen kann man sich dann nicht leisten“, meinte Rose. Aber der „Spaß am Querbürsten“ in einer Stadt entschädige für manchen Ärger bei der Arbeit. ■

Michael Schröder

Korruption in Europa
(10 bedeutet niedrigste Anfälligkeit für Korruption, 1 höchste Anfälligkeit)
Datenauswahl nach transparency international, 2003



Gefährdungen der Medienfreiheit

Grenzsuche im Spannungsfeld von Datenschutz, Zensur und Manipulation

Die Suche nach den Grenzen zwischen privat und öffentlich, zwischen Missbrauch und Gebrauch journalistischer Freiheit einerseits sowie staatlicher Einflussnahme andererseits beherrschte die Mehrzahl der Beiträge einer internationalen Fachtagung zur Medienfreiheit. Dabei zeigte sich sehr rasch, dass diese Themen von Moskau bis Rom, von Warschau bis Berlin intensiv diskutiert werden – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Konzentriert sich in Deutschland die Diskussion zunehmend auf das „Spannungsverhältnis zwischen Medienfreiheit und Persönlichkeitsrechten“, wie die Münchner Datenschutzexpertin Marie-Theres Tinnefeld hervorhob, so liegt in Italien, Russland und auch Polen der Schwerpunkt auf der Abwehr staatlicher (oder zumindest staatlich motivierter) Interventionen, die freien Journalismus zuweilen massiv beeinträchtigen.

Auf die Suche nach dem „Code des Privaten“ begab sich Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio. Seiner Ansicht nach liegt er in der Unterscheidung zwischen Privatheit und öffentlicher Sphäre. Zwar gestehe er den Medien zu, so Di Fabio, „Augen, Mund und Ohren des Volkes, also des Souveräns“ zu sein, doch weise der Weg durch die zunehmende Ökonomisierung in Richtung „Trivialisierung der Inhalte“. Dabei werde der „unantastbare Intimbereich des Menschen“, der im Menschen- und Weltbild des Grundgesetzes angelegt ist, zunehmend zum Zielobjekt des voyeuristischen Publikums gemacht. Durch Sendeformate wie „Big Brother“ werde diese Grenze immer wieder ausgetestet und verschoben. Die Verfügungsmacht des Subjekts darüber, was es als privat behandelt wissen möchte, gehe so schrittweise verloren. Können diese Entwicklungen eingedämmt oder gar zurückgedreht werden? Di Fabios Ansicht nach ist es unbedingt notwendig, im Kantschen Sinne Freiheit wieder mehr mit Verantwortung in Verbindung zu bringen. Die Maxime des „hedonistischen Individualismus“ sei für ihn eine „Fehlprogrammierung“. Es reiche nicht aus, die Verantwortung beim Staat zu hinterlegen, vielmehr sei es notwendig, dass jeder Bürger in seinem Bereich daran arbeite, denn in einer „freien Gesellschaft gibt es nur eine Gesamtverantwortung.“

Schwindender Pluralismus

Auf die Paradoxie, dass das Pressegesetz Polens aus dem Jahre 1984 und damit aus der Jaruzelski-Zeit stamme, die Verfassung aber 1997 verabschiedet wurde, wies der polnische Verfassungsrichter Mirosław Wyrzykowski



Mirosław Wyrzykowski: „Polnische Behörden haben Angst vor der Veröffentlichung entsprechender Machenschaften!“

hin. Zwar könnten Zeitungen ohne große Formalitäten gegründet werden, dennoch existierten einige Faktoren, die Medienfreiheit gefährdeten: Zum einen verschwänden immer mehr redaktionelle Einheiten vom Markt und damit auch Pluralismus, zum anderen

komme es regelmäßig zu Beeinträchtigungen der Recherchearbeit von Journalisten durch Teile der staatlichen Gewalt. „Polnische Behörden haben Angst vor der Veröffentlichung entsprechender Machenschaften!“. Ein typischer Fall für die Lähmung durch Parteidominanz ist auch der Landesrat für Rundfunk und Fernsehen. Dieses Gremium, das die Aufgabe habe, „die Freiheit des Wortes, das Informationsrecht sowie das öffentliche Interesse an Rundfunk und Fernsehen zu hüten“, sei nur mehr ein Spielball parteipolitischer Interessen.

Den Schutz der Privatheit in der polnischen Verfassung und in der Verfassungsrealität beleuchtete Mikolaj Wild, wissenschaftlicher Mitarbeiter am polnischen Verfassungsgericht in Warschau. Dabei verwies er auf die auch zwischen Verfassungsrechtlern heftig umstrittene Grenzziehung zwischen den drei Sphären „allgemeine Zugänglichkeit“, „Privatheit“ und „Intimsphäre“. Seiner Ansicht nach müsste die Kernfrage jeglicher Beurteilung lauten: „Hat die Gesellschaft ein legitimes Recht, Informationen zu erhalten?“ Wild wies auf einen weiteren problematischen Aspekt hin: Zwar existiere in der Verfassung ein Verbot der vorbeugenden Zensur, doch wirke ein Veröffentlichungsverbot in Form einer einstweiligen Anordnung faktisch wie Zensur, wenn sich die Verfahren über Jahre hinzögen – was leider der Realität entspreche.

Sprachrohr Putins

Ein düsteres Bild vom Zustand der freien Medien in Russland zeichnete Maria Lipman vom Pro et Contra Journal, Moskau. Nach einer gewissen Aufbruchstimmung in der frühen Jelzin-Zeit kam mit der Präsidentschaft Putins ein tief greifender Umschwung. „Gerade mal zwei Jahre“, so Lipman, „brauchte der Kreml, um auch den einzig freien TV-Sender NTV unter seine Kontrolle zu bringen.“ Damit sei dieses für die Russen zentrale Medium –

90 Prozent geben das Fernsehen als wichtigste Informationsquelle an – zum mehr oder minder linientreuen Sprachrohr Putins geworden. Der Einfluss der Printmedien ist angesichts einer nur verschwindend geringen Gesamtauflage von wenigen hundert Tausend nicht sehr ausgeprägt. Ebenso verhält es sich mit dem Internet. Lediglich 10 Prozent der Russen verfügen über einen Zugang, 4 Prozent geben an, diesen regelmäßig zu nutzen. „Insgesamt“, so Lipman, „sehe ich die Zukunft nicht sehr optimistisch.“

Ausgehebelte Gewaltenteilung

Nach der „Putinisierung“ des russischen geriet die „Berlusconisierung“ (Heinrich Oberreuter) des italienischen Mediensystems ins Blickfeld. Freimut Duve, ehemaliger SPD-Bundestagsab-



Freimut Duve: „Von der Einschaltquote zur Einfaltquote.“

geordneter und Beauftragter für die Freiheit der Medien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von 1998 bis 2004, beklagte, dass Berlusconi die Gewaltenteilung in Bezug auf die Medien ausgehebelt habe. Was er im Gegensatz zu Putin noch nicht geschafft habe, sei die vollständige Kontrolle der Rechtsprechung, deren Protagonisten er regelmäßig als „Kommunisten“ tituliere. Die Tatsache, dass dem ökonomisch reichsten und politisch mächtigsten Mann Italiens der überwiegende

Teil der Medien gehöre, sei zum einen ein Verstoß gegen die europäische Verfassungskultur, zum anderen ein schlechtes Beispiel. So wurde Duve jüngst auf seine Kritik der Vater-Tochter-Beziehung zwischen dem russi-

„Deutscher Presserat betreibt „homöopathische Pseudokontrolle“

Thomas Leif

schen Staatsoberhaupt und der Hauptmedieneignerin Kasachstans hin das italienische Beispiel vorgehalten.

Die Hoffnung, dass die zu erwartende Europäische Verfassung zur Harmonisierung auch des Medienrechts beitragen werde, brachte der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Hansjürgen Garstka, zum Ausdruck. Bisher seien es vor allem die Unterschiede, welche die nationalen Regelungen auszeichneten.

Deutschland habe dabei einiges zu leisten, existieren doch nirgends in Europa kompliziertere Bestimmungen. Egal, ob man den Quellenschutz oder die Kontrollbefugnisse der Aufsichtsbehörden betrachte, so Garstka, „überall gibt es unterschiedliche Regelungen“. Die Europäische Datenschutzrichtlinie könnte bei der Harmonisierung durchaus als Richtschnur dienen, allerdings müsste diese bei der nationalen Implementierung noch viel intensiver berücksichtigt werden.

Als wichtigen Beitrag für die Gewährleistung der Pressefreiheit stellte Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserats, dieses Organ der freiwilligen Selbstkontrolle vor. Neben dem Eintreten für die Pressefreiheit verfolgt der Presserat als weitere Ziele u.a. die Sicherung des ungehinderten Zugangs zu Nachrichtenquellen, die Wahrung des Ansehens der deutschen Presse sowie die Erarbeitung und Durchsetzung eines Pressekodex. Als Sanktionsinstrumente stehen ihm z. B. die Missbilligung sowie die Rüge zur Verfügung. Dass diese durchaus nicht so harmlos seien wie man vermuten könnte, verdeutlichte Tillmanns anhand einiger Beispiele aus den letzten Jahren.

Welche Probleme auf einen deutschen Zeitungsverleger zukommen können, der in Polen investiert, schilderte Axel Diekmann am Beispiel der Verlagsgruppe Passau. Seiner Ansicht nach ist das Ziel der Pressefreiheit dauerhaft nur zu erreichen, wenn man dafür Sorge, Vielfalt zu sichern, „indem den Zeitungen eine solide finanzielle Grundlage gewährleistet wird.“ Dies werde einem aber durch gezielte Hemmnisse bisweilen sehr schwer gemacht.

Boulevardisierung und Rudeljournalismus

Die abschließende Gesprächsrunde unter Leitung von Marie-Theres Tinefeld eröffnete der Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich, Bruno Bae-



Lutz Tillmanns: Freiwillige Selbstkontrolle
Fotos: Hofmann

riswyl, mit der provokanten Bemerkung: „Das Risiko von Persönlichkeitsverletzungen durch die Medien ist um ein Vielfaches höher als die Bedrohung der Medienfreiheit.“ Die Vorfälle Anfang März in Spanien, als Chefredakteure von Ministerpräsident Aznar gedrängt wurden, die ETA für die Anschläge von Madrid verantwortlich zu machen, führte Lutz Tillmanns als Gegenbeispiel ins Feld. Die Frage nach der Bedrohung der Medienfreiheit kehrte Thomas Leif, Vorsitzender des „Netzwerks Recherche“, um und behauptete vehement, die Journalisten nähmen vielmehr ihre Freiheiten nicht wahr. Obwohl er nicht bestritt, dass es auch Qualitätsjournalismus gebe, folge die große Mehrzahl der Redakteu-

re Tendenzen wie „Boulevardisierung“ („Bildzeitung als Leitmedium“), „Rudeljournalismus“ („Ein Medium greift etwas auf, alle anderen hoppeln hin-

terher“) sowie den (vermeintlichen) Zwängen gewandelter Produktionsbedingungen („immer bunter, immer rasanter, immer greller...“). Als bezeichnendes Beispiel für die um sich grei-

Dass es aber auch gute Journalismusformate gibt, darauf machte Christoph Bach, Datenschutzbeauftragter des ZDF, aufmerksam. Er wies darauf hin, dass in den Medien selbst darauf geachtet werde, Medienfreiheit und Personendatenschutz zu sichern. Dies sei allerdings stets mit einer gewissen Abwägungsproblematik verbunden. Für Journalisten des ZDF gelte beispielsweise, dass sie sich freiwillig am Kodex des Deutschen Presserates orientierten. Auch dies trage ein gutes Stück weit zur Medienfreiheit und damit zur Qualitätssicherung bei. ■

Manfred Schwarzmeier



Maria Lipman: „Russias media system: far from Soviet, far from democracy!“

„Wir stecken zwischen Kant und Küblböck!“

Christoph Bach

fende „Boulevardisierung“ nannte er die wenig bekannte Tatsache, dass gegen den Widerstand der Redakteure per Dienstanweisung der Unfall von Daniel Küblböck im Februar 2004 in die Tagesschau genommen werden musste. Die Gremien der öffentlichen rechtlichen Anstalten kamen bei Leif auch nicht gut weg – ähnlich dem Presserat, dem er bescheinigte, nur „homöopathische Pseudokontrolle“ zu betreiben.

Regionale Kultur ohne Ehrenamt undenkbar

Über Tops und Flops in der regionalen Kulturarbeit tauschten sich Feuilletonredakteure aus der ganzen Bundesrepublik mit ehrenamtlichen Veranstaltern und Organisatoren lokaler Kulturereignisse aus. Sybille Krafft (links), Film-

werde von vielen lokalen Honoratioren nicht gern gesehen. Und die Unterstützung durch Lokalzeitungen sei nicht immer beispielhaft. Evi Mummert (zweite von rechts), Organisatorin von Kleinkunstfestivals im oberbayerischen Penzberg, betonte das

Lokalredakteure und Rezensenten bei ihrer Arbeit immer im Klaren sein.

Egbert Greven (rechts) Graphiker und Galerist, organisiert seit zehn Jahren ehrenamtlich die „Iffeldorfer Meisterkonzerte“ mit prominenten



Foto: Brunner

und Buchautorin, und ehrenamtlich als Vorsitzende des Historischen Vereins Wolfratshausen tätig, berichtete von den Problemen, Regionalgeschichte aufzuarbeiten und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu transportieren. Besonders die kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus

ehrenamtliche Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer, ohne die regionale Kulturarbeit unmöglich sei. Sie beklagte die nach ihrer Auffassung gelegentlich ungerechte Kritik von Seiten der Journalisten über künstlerische oder organisatorische Mängel bei Veranstaltungen, die den Ehrenamtlichen die Lust nehme. Darüber sollten sich

Künstlern zu erschwinglichen Preisen im dörflichen Rahmen. Wie er es immer wieder schafft, international renommierte Künstler der Klassikszene an den Starnberger See zu locken und welches Finanzierungsmodell dahinter steckt, wollte er allerdings den Journalisten nicht verraten. ■

MS

Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur

Opposition und Widerstand waren in der DDR immer präsent, wenn auch von außen oft wenig beachtet, was zum Teil bis heute fortwirkt. Das Regime selbst war sich jedoch der Existenz von „feindlichen Elementen“ im eigenen Land stets bewusst und bekämpfte die unerschrockenen Gegner der kommunistischen Diktatur mit einem umfangreichen Überwachungs- und Repressionsapparat. Die Mittel reichten von brutaler Verfolgung und Inhaftierung der zumeist noch sehr jungen „Staatsfeinde“ bis zu subtilen Maßnahmen der „Zersetzung“ von Personen und Gruppen, die ins Visier der Stasi gerieten.



Prof. Dr. Werner Gumpel (Jg. 1930), Volkswirt (r.): Wegen Zugehörigkeit zu einer antikomunistischen Widerstandsgruppe an der Universität Leipzig, die mit Flugblättern gegen das Ulbricht-Regime protestierte, wurde er 1950 von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, von denen er fünf Jahre in Workuta (Sibirien) verbüßte. Nach seiner Entlassung in die DDR konnte er in die Bundesrepublik ausreisen. (Links Tagungsleiter Jürgen Weber). Fotos: Braun-Lacerda

Die Tagung im Rahmen der Lehrerfortbildung (Leitung: Jürgen Weber, Akademie Tutzing, und Siegfried Münchenbach, Akademie Dillingen) setzte sich zur Aufgabe, Fachwissenschaftler und Zeitzeugen zusammen zu führen, um dieses wichtige zeitgeschichtliche Thema für den Unterricht fruchtbar zu machen. Schwerpunkte waren die Frühphase der DDR und die



Udo Scheer (Jg. 1951), Dipl.Ing. und Schriftsteller: Mitglied des 1975 in Jena verbotenen Arbeitskreises Literatur. Jahrelange massive Bespitzelung durch das Ministerium für Staatssicherheit, das die Veröffentlichung seiner literarischen Arbeiten bis 1989 verhinderte.



Bernd Eisenfeld (Jg. 1941), Betriebswirt, Mitarbeiter der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen: Nach seinem Dienst als Bausoldat erhielt er 1967 Berufsverbot und wurde wegen seines offenen Protestes gegen die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei („staatsfeindliche Hetze“) vom September 1968 bis März 1971 inhaftiert. 1975 konnte er mit seiner Familie nach Westberlin übersiedeln.



Achim Beyer (Jg. 1932), Volkswirt: Als Mitbegründer einer Widerstandsgruppe („Werdauer Oberschüler“) gegen die SED-Herrschaft in Werdau/Sachsen wurde er 1951 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Flugblattaktion gegen die Volkskammer-Wahl von 1950 wurde ihm und den mitangeklagten Jugendlichen als schwerstes Verbrechen gegen „die Gemeinschaft der friedliebenden Menschheit“ ausgelegt. Als Letzter der Verurteilten wurde er Ende 1956 aus der Haft entlassen und floh in die Bundesrepublik.

80er Jahre mit ihren Netzwerken von Friedens, Menschenrechts- und Umweltgruppen, oft unter dem Dach der Kirche. Eindrucksvoll waren die Beispiele von Zivilcourage gegenüber einem diktatorischen Staatsapparat, von denen die in Tutzing anwesenden Zeitzeugen berichten konnten. Dass es durchaus Möglichkeiten des Widerstandes gab, machte unter anderem Bernd Eisenfeld deutlich: „Denn keiner war existenziell bedroht, wenn er sich dem Apparat und seinen Zwängen entzog. Man musste nicht ZK-Mitglied,

Volkskammerabgeordneter, hauptamtlicher Funktionär, Kaderleiter, Schuldirektor, Mitarbeiter der Justiz, des MfS oder ein treffsicherer Grenzsoldat werden.“ Der entscheidende Beitrag der zahlenmäßig eher kleinen Bürgerrechtsbewegung an der friedlichen Revolution von 1989 wurde ebenso intensiv diskutiert wie die Frage nach einer gerechten Entschädigung für die Opfer der SED-Diktatur, die nicht nur von den Betroffenen selbst als bislang unbefriedigend eingestuft wird. ■

JW

Staatsanwälte zwischen allen Stühlen?

Vorschläge zur Änderung des Amtsrechts der Staatsanwaltschaft

Von Oberstaatsanwältin Doris Möller-Scheu*

Die Staatsanwaltschaft wurde vor 150 Jahren eingeführt. Seither haben sich das Gesellschaftssystem und die Lebensgrundlagen in Deutschland grundlegend gewandelt. Die Stellung der Staatsanwaltschaft innerhalb des Gewaltenteilungssystems ist im Grunde unverändert geblieben. Von der modernen Gesellschaft wird sie jedoch als Wächterin über die Legalität und politische Moral betrachtet – sie wird von der Öffentlichkeit als eine moralische Autorität wahr genommen. Diesem Bild muss die verfassungsmäßige Wirklichkeit angepasst werden, zumal auch die Bestrebungen auf der europäischen Ebene auf die Schaffung einer unabhängigen Staatsanwaltschaft gerichtet sind.

Die Staatsanwaltschaft ist in ihrer jetzigen Form ein Zwitterwesen – teils Exekutive, teils Judikative. Wegen ihrer hierarchischen Gebundenheit – zu nennen sind dabei insbesondere § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach die Beamten der Staatsanwaltschaft den dienstlichen Anordnungen ihres Vorgesetzten nachzukommen haben (sog. internes Weisungsrecht) und § 147 Abs. 2, der dem Justizminister die Weisungsbefugnis gegenüber Beamten des Landes gibt (sog. externes Weisungsrecht) – und wegen der Ausübung von Ermittlungstätigkeit, wird sie nach ganz überwiegend herrschender Meinung der Exekutive zugeordnet.

Ganz unbestreitbar ist sie aber auch Teil der rechtsprechenden Gewalt und übt in diesem Sinne auch rechtsprechende Tätigkeit aus. Der Bundesgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht haben die Staatsanwaltschaft in frühen Entscheidungen als ein aus der Verwaltung herausgelöstes Organ bezeichnet, das am gerichtlichen Verfahren teilzunehmen und es zu fördern hat. Das Bundesverfassungsgericht schließlich sieht die Staatsanwälte als notwendige Organe der Strafrechts-

Eingebettet in eine strenge Hierarchie, angefeindet von verfolgten Bürgern, der Beeinflussbarkeit durch politische Entscheidungsträger verdächtig und zugleich durch den Gesetzgeber in ihrer Stellung als Herrin des Ermittlungsverfahrens zugunsten der Polizei geschwächt, sachlich und personell schlecht ausgerüstet: Das sind – etwas überspitzt formuliert – die Arbeitsbedingungen der deutschen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die rechtliche Stellung der Staatsanwälte war nie klar definiert und wurde immer zwischen der Unabhängigkeit der Richter und der Weisungsabhängigkeit des normalen Beamten angesiedelt. Staatsanwälte entscheiden aber oft abschließend über einen Fall wie Richter. Eine diffizil begründete Einstellungsverfügung unterscheidet sich in den Folgen häufig nicht von einem Freispruch. Der Staatsanwalt verfügt über eine Palette von Entscheidungsmöglichkeiten, die gravierende Folgen für die Bürgerinnen und Bürger haben können. Das Amtsrecht der Staatsanwälte stammt dagegen aus dem vorletzten Jahrhundert und wurde nie grundlegend überdacht.

Eine Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Richterverein, der Neuen Richtervereinigung und der Gruppe der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ver.di Bayern informierte und machte Reformvorschläge.

pflüge an, die in diese organisatorisch eingegliedert sind und die zusammen mit dem Richter die Aufgabe der Rechtsgewährung erfüllen.

Wir in der Neuen Richtervereinigung sehen den dringenden Bedarf nach einer Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes. Allerdings halten wir darüber hinaus auch eine Änderung des Grundgesetzes hin zu einer Unabhängigkeit der Staatsanwälte für erforderlich. Allein die Kappung des externen Weisungsrechts im Einzelfall und Abschaffung der politischen Beamten in den Führungsspitzen – wie dies der Richterbund fordert – erscheint nicht ausreichend. Auch das interne Weisungsrecht muss aufgehoben werden.

Wichtig ist, dass der einzelne Staatsanwalt unabhängig agieren kann – nur Recht und Gesetz nicht aber seinem Vorgesetzten unterworfen ist. Wir brauchen eine starke Staatsanwaltschaft, die den Gerichten gleichgeord-

net ist und ihre Wächterfunktion in ausreichendem Maße ausüben kann. Das wird sie nicht sein, wenn die hierarchische Struktur und die Zuordnung zur Exekutive beibehalten wird. Selbst wenn das externe Weisungsrecht im Einzelfall entfielen, von dem ohnehin höchst selten Gebrauch gemacht wird, bliebe doch das Eingebundensein in eine Hierarchie, das immer auch im Bewusstsein des einzelnen Staatsanwaltes verankert ist – und nicht nur dort. Auch die Gerichte und Rechtsanwälte wenden sich gerne mal an den Abteilungsleiter, wenn ihnen eine Entscheidung des Staatsanwaltes nicht passt – er hat ja schließlich seinem Vorgesetzten Folge zu leisten. Bei spektakulären Sachen besteht die Gefahr, dass das Ansehen der Justiz in der Öffentlichkeit Schaden nimmt, wenn offenbar wird oder auch nur der Anschein entsteht, auf den Staatsanwalt sei Einfluss genommen worden. Dafür braucht man keine formelle Weisung eines Ministers.

*in Auszügen

Nun wird man sicherlich argumentieren können, dass die informelle Einflussnahme auch weiterhin möglich ist und schwächere Charaktere dagegen nicht gefeit sind. Aber genau hier spielt die Frage des Bewusstseins wieder eine Rolle. Derjenige, der in der Hierarchie arbeitet, ist ihren Zumutungen gegenüber auch offen.

Für uns Staatsanwälte ist es schwer, sich eine Struktur ohne Hierarchie vorzustellen. Das Ermittlungsverfahren hat eben viele Besonderheiten, erfordert oftmals schnelles Handeln, gleichartige Fälle sollten gleich behandelt werden, komplexe Verfahren können nicht Anfängern übertragen werden etc., da ist ein Prinzip wie das des gesetzlichen Richters nur hinderlich. Das von der Arbeitsgruppe der NRV entwickelte Modell trägt diesen Besonderheiten Rechnung. Dabei sind verschiedene Schritte erforderlich:

1. Änderung des Grundgesetzes

Artikel 92 soll lauten: „Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern und Staatsanwälten anvertraut. Sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die in diesem Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte und durch den Generalbundesanwalt, durch die Gerichte und durch die Staatsanwaltschaften der Länder ausgeübt.“

Die Frage ist: Übt die Staatsanwaltschaft rechtsprechende Gewalt aus, da sie keine verfahrensbeendende in Rechtskraft erwachsende Entscheidung in einem kontradiktorischen Verfahren vornehmen kann? Dagegen ist einzuwenden, dass es auch richterliche Entscheidungen gibt, die nicht verfahrensbeendend sind (z.B. Beweisbeschlüsse) und gleichwohl Rechtsprechung darstellen. Wenn die Staatsanwaltschaft Teil der Judikative ist, ist ihre Tätigkeit auch Rechtsprechung, sie ist quasi ein Richter im Vorverfahren.

Artikel 97 soll lauten: „Richter und Staatsanwälte sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Im Absatz zwei wird jeweils der Zusatz und Staatsanwälte angehängt.“

Die Unversetzbarkeit ist eine Konsequenz aus der Unabhängigkeit, an-



Rechtspolitiker aus dem Bayerischen Landtag diskutierten unter der Leitung der ARD-Fachjournalistin Gigi Deppe (2. v.l.) Reformvorschläge: Adelheid Rupp (SPD), Peter Welnhöfer (CSU) und Christine Stahl (B90/Die Grünen) (von links)

sondernfalls könnte Staatsanwälten auf diese Weise ein Verfahren entzogen werden.

2. Modell einer unabhängigen Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht soll entsprechend dem Organisationsmodell bei den Gerichten gegliedert sein und aus einem Leiter, Abteilungsleitern und Dezernenten bestehen. Das Präsidium entscheidet außerdem in bestimmten Fällen des Dissenses zwischen Abteilungsleiter/Abteilung und einzelnen Dezernenten. Die Abteilung besteht aus dem Abteilungsleiter und den Dezernenten. Sie bekommt ihre Aufgabe vom Präsidium zugeteilt. Jeder Staatsanwalt hat einen Abwesenheitsvertreter. Für den Fall, dass ein nach der generellen Geschäftsverteilung zuständiger Dezernent mit der Nichtzuteilung oder dem Entzug eines Verfahrens durch die Abteilung nicht einverstanden ist, kann er das Präsidium anrufen.

Da mit der Garantie der Unabhängigkeit des einzelnen Staatsanwaltes die Gefahr verbunden wäre, dass er willkürlich und unkontrolliert Ermittlungs-

verfahren beenden oder durch Nichtbearbeitung Ermittlungen erschweren oder unmöglich machen kann, muss eine Kontrolle seiner Entscheidungen, die derzeit formal durch das Weisungsrecht bis hin zum Justizminister besteht, in anderer Form erfolgen. Sämtliche Entscheidungen innerhalb des Geschäftsjahres sollen von der Abteilung selbst geregelt werden und der einzelne Dezernent sollte die Rekursmöglichkeit zum Präsidium im Falle des Entzugs eines Verfahrens und bei einer Fristsetzung wegen Untätigkeit haben.

Die Einstellung nach § 170 Abs. 2. der Strafprozessordnung oder die Ablehnung der Einleitung von Ermittlungsverfahren muss vom Dezernenten und dem Abteilungsleiter gezeichnet werden. Dagegen bestehen Beschwerdemöglichkeiten zur Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht. Ein verfahrensbeendender Rechtsmittelverzicht oder eine Rücknahme des Rechtsmittels wird außer in Sitzungen vom Abteilungsleiter mit entschieden. Ferner muss im GVG eine Ermächtigung für die Generalstaatsanwälte zur Vereinbarung von örtlichen Zuständigkeiten enthalten sein bei überschneidender Zuständigkeit. Darüber hinaus sollte der Generalstaatsanwalt die Kompetenz erhalten, in begründeten Fällen die Zuständigkeit für die Bearbeitung eines Ermittlungsverfahrens einer anderen Staatsanwaltschaft zu übertragen.

3. Neubestimmung des Arbeitsfeldes

Nicht nur wegen der dann veränderten Struktur der Staatsanwaltschaft, die mehr Kommunikation und Verantwortung innerhalb der Abteilung erfordert, sondern auch wegen der gestiegenen Herausforderungen durch international verflochtene Wirtschafts- und globale Organisierte Kriminalität, ist eine Neubestimmung und Neuorganisation des staatsanwaltschaftlichen Arbeitsfeldes erforderlich. Dazu gehört neben anderem die Entlastung von der Bagatelldelinquenz, die Arbeit in Ermittlungsteams, überörtliche Zuständigkeiten nach Sachgebieten, Einbindung der Staatsanwaltschaft in Gremien (wie z.B. Präventionsräte) und vieles mehr, denn wir brauchen eine starke und deshalb unabhängige Staatsanwaltschaft.

Brückenbauer und Schlachtross

Nach knapp 30 Jahren Zugehörigkeit zur Akademie beendete Klaus Grosch am 31. März seinen Dienst wegen Erreichung der Altersgrenze.

Manfred Hättich holte ihn zunächst als Organisationsreferenten nach Tutzing, später wurde Groschs Talent für den Hörsaal entdeckt. Die Kolleginnen und Kollegen bereiteten ihm eine warmherzige und von viel Zuneigung geprägte Abschiedsfeier. Zahlreiche selbstgeschriebene Texte, Gedichte und Fotos wurden ihm in einer eigens angefertigten Mappe überreicht. Als Geschenk hatte er sich einen Baum gewünscht, der unterhalb des Speisesaals gepflanzt wurde. Direktor Heinrich Oberreuter und Personalratsvorsitzender Michael Schröder würdigten die vielfältigen Verdienste und Qualitäten des Jubilars. Wir dokumentieren die Ansprachen und ein Abschiedsgedicht von Karl-Heinz Willenborg in Auszügen.

... Selbst die spröden Personalakten enthalten Hinweise auf Charaktereigenschaften von Klaus Grosch: Fürsorglichkeit und Verantwortlichkeit, soziales Engagement.

Diese Tugenden haben, scheint mir, sein Wandeln und Handeln bestimmt – in der Akademie als Kollege, in der thematischen Orientierung seiner Tagungsarbeit und der Art und Weise wie er sie betreut hat...

Wir alle kennen seine Interessen, die sich im Hörsaal niedergeschlagen haben... Ich nenne nur die Stichworte Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, demographische Entwicklung, „sans papiers“, Migration. Dabei ist es nicht nur darum gegangen, das Problemfeld auszuleuchten, sondern die Akademie als Raum für geschützte und dadurch auch offene Dialoge, als Begegnungs- und Verständigungsstätte von durch diese Problemfelder in Beziehung ge-



Karl-Heinz Willenborg (links) verlas über 200 Zeilen selbstverfasste Poesie über den Kollegen Klaus Grosch, mit dem er knapp 30 Jahre eng zusammengearbeitet hatte.
Foto: ms

brachten Menschen zur Verfügung zu stellen – seien diese Menschen nun Betroffene oder Betreuende. Grosch hat in Tutzing manches Gespräch gestiftet, das in den Ämtern nicht zustande kommen mag, und er hat dadurch Verständnis gefördert, das ohne solche Impulse nicht gewachsen wäre. In der Reichweite des Akademieeinflusses mag sich dadurch die soziale Wirklichkeit ein wenig positiver, vielleicht sogar menschlicher gestaltet haben.

Breite Palette

Als zweites großes Thema lässt sich der Brückenschlag zur angelsächsischen Welt nennen – wenig überraschend nach dem Studium der Anglistik in Heidelberg und Freiburg. Auch hier vermischt sich bekanntlich Dienstliches und Privates. Und es zeigt sich im übrigen auch, dass man Amerika kennen, schätzen und bewundern – zugleich aber auch angemessen kritisch betrachten kann. Die transatlantischen Beziehungen, Sicherheitspolitik, Landeskunde in allgemein historischen und mentalitätsgeschichtlichen Dimensionen für hier wirkende Amerikaner, die nach meiner Erfahrung

wieder *unsere* Multiplikatoren jenseits des großen Teiches sind – all das versinnbildlicht sich hübsch in der Dauerkoooperation mit der „Atlantikbrücke“. Auch auf diesen Feldern also die Akademie und Grosch als Pontifizes – als Brückenbauer.

Nehmen wir als dritten Schwerpunkt noch das Engagement an der Erwachsenenbildung und den Erfahrungsaustausch der Profis in diesem Gewerbe hinzu, dann rundet sich das Bild eines in seinem Beruf aufgehenden – nicht untergehenden – Menschen; fürs „Untergehen“ sind Groschs Interessen so weit gespannt und seine Lebensorganisation viel zu vernünftig...

Wenn ich es recht sehe, hat Grosch die Gesprächsfäden in die unterschiedlichen Bereiche der Akademie nie abreißen lassen und insofern integrierend gewirkt. Auch der alte Organisationsreferent hat ihn nie losgelassen. Es hat ihm Spaß bereitet, als Stellvertreter in diesem Bereich gelegentlich vertretungsweise mitmischen zu können. Die Nüstern blähten sich wie bei einem alten Schlachtross...

Heinrich Oberreuter



Die Anti-Ich-AG

Die Akademie wird ohne Klaus Grosch ärmer – nach innen und nach außen. Sein Ausscheiden ist ein Verlust. Erstens: für das programmatische Profil dieses Hauses und zweitens für das kollegial-freundschaftliche Miteinander und das Verständnis auf allen Ebenen unserer Akademie...

Die Akademie verliert einen kreativen und jung gebliebenen Kopf mit breiter Bildung, so breit, wie es sie unter den heutigen Ausbildungsbedingungen kaum noch gibt.

Klaus Grosch ist ein typischer – wie man heute sagt – Quereinsteiger. Damals gab es diese Bezeichnung noch gar nicht, weil etwas krummere Wege zum Beruf normal und möglich waren. Er ist eine Perle, die bei der heutigen Situation und Konkurrenz um Arbeitsplätze wahrscheinlich in den feinen Netzen der engen Auswahlkriterien sehr schnell herausgefiltert werden würde und so keine Chance hätte, in die Endauswahl zu kommen...

Klaus Grosch war

- immer kollegial
- immer solidarisch
- fast immer freundlich (wenn mal nicht, dann war er berechtigt zornig)
- immer hilfsbereit, wenn Not am Mann oder der Frau war
- immer leidenschaftlich bei politischem und sozialem Engagement.

Für mich ist er der Prototyp der Anti-Ich-AG. Er ist eben alles andere als egomanisch: immer bescheiden, nie aufdringlich. Das „wir“ war ihm immer wichtiger als das „ich“. Und die eigene Person war nie so wichtig wie die Sache, um die es ihm ging. Britisches Understatement ist für ihn Lebensprinzip.

Seine inhaltliche Arbeit hier war voller sozialem Engagement. Sie war nie theoretisch, sondern immer praxisnah und gut geerdet. Das politische Den-

ken und soziale Engagement liegt wohl in den Genen, schließlich war sein Vater Bürgermeister... So war auch das Themenspektrum seiner Seminarangebote hier im Haus. Da bekamen immer auch die Schwächeren der Gesellschaft eine Stimme. Egal ob Indianer in den USA oder Migrantinnen in Deutschland.

Ich hoffe, dass diese Lücke, die sein Ausscheiden bedeutet, bald geschlossen werden kann. Ich hoffe, dass seine Themen im Angebot unserer Akademie den Stellenwert behalten, den sie auch bei ihm hatten und den sie auch verdienen.

Alles das wird uns fehlen: seine persönlichen Qualitäten, seine Themen, sein Einsatz für die Akademie und die Menschen, die in ihr arbeiten...

Michael Schröder

Kollege Grosch

Von Karl-Heinz Willenborg

*... Die letzten Jahre, sind wir ehrlich,
wurde das Planen auch beschwerlich.
Durchs Haus rotierte er fast immer,
Traf man ihn endlich auf dem Zimmer,
um Tagungspläne zu besprechen,
es klingelte, zu unterbrechen
war erst einmal der Höhenflug,
er war beschäftigt mehr als genug.
Wer war denn dran? Die LVA,
für die er der Kontaktmann war,
ging's um den Brandschutz wieder mal,
die ewige Millionenqual,
war's eine Personalratsach',
am Horizont der nächste Krach,
war's gar privates Handauflegen,
und eine wunde Seel' zu pflegen?*

*Er war Privatmensch doch nicht minder,
hat Frau und Kinder, Enkelkinder!
Dieser geplagte Durchs-Haus-Helzer
war noch dazu: Chefübersetzer.
So ging's: Der Chef flog nach New Nation,
Kollege Grosch: Lost in Translation.*

*Ich kriegte böse Ahnungen
vor grün und rosa Mahnungen,
sie türmten sich bei uns zu Haufen.
Irgendwie kam dann doch ins Laufen
das fast vergess'ne Seminar
so lief's, irgendwie wunderbar!*

*Kollege Grosch wird 65,
die Stimme klingt kein bisschen krächzig,
er hält sich gerade noch eins A,
am Schopf sitzt voll und dicht das Haar.
Es ist rein gar nicht einzuseh'n:
So einer soll in Rente geh'n?
Es braucht die neue Rentennorm:
Zur Altersgrenze wird die Form,
in der Kandidat sich findet,
Anspruch hat nur, wer voll erblindet.
Dann blieb' er lang noch uns erhalten,
könn't weiter seines Amtes walten.
Erschwerend kommt bei ihm hinzu,
er will sie nicht, die große Ruh'.
Aus seinen Augen schaut Elan,
er kann noch kämpfen, dieser Mann.*

*Das merkte Bernrieds Bürgermeister,
das merkte der Verwaltungsleiter
Herr Hahn, der schon zu spüren kriegte:
Nicht immer meidet Grosch Konflikte.
Vorn Ende aller Arbeitszeiten
konnt' er, wenn's sein muss, durchaus
streiten.*

*So griff er ungesäumt zur Feder,
als jüngst im Park man warf die Zeder.
Sekundenschnell kam ihm die Einsicht:
Der dies tat, ist kein grüner Heinrich.
Wer so betreibt des Parkes Pflege
zuvörderst mit der Kettensäge,
dem sagte er zum großen Ganzen:
Wer einmal sägt, muss dreimal pflanzen.
Um dieses noch zu unterbau'n
setzt' er zum Abschied einen Baum.*

*Wir wünschen nun dem Ex-Kollegen:
Erhalte Dir auf allen Wegen
als Rentner diesen alten Schwung,
dann bleibst Du lange, lange jung!*

Heinrich Oberreuter, Armin A. Steinkamm, Hanns-Frank Seller (Hrsg.)

Weltpolitik im 21. Jahrhundert

Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung

Festschrift für Professor Dr. Jürgen Schwarz

VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, 567 S.,

Euro 49,90 ISBN 3-531-14198-8

Bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die internationale Politik eine Dynamik entwickelt, die für jedermann ersichtlich eine neue internationale Ordnung formt und bekannte Machtstrukturen, Konfliktlinien und geopolitische Gewichungen ablöst. Unumstößliche Tatsache ist inzwischen, dass sich kein Staat der Erde den neuen weltpolitischen Herausforderungen entziehen kann. Internationaler Terrorismus, internationale militärische Interventionen und globale Wirtschaftsverflechtungen sind Kennzeichen einer neuen Dimension von Globalisierung in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, aber auch von weltpolitischen Umbruchprozessen, die aufgrund ihrer oftmals destruktiven Potentiale die Stabilität des gesamten internationalen Systems in Frage zu stellen scheinen. Im vorliegenden Buch werden diese Aspekte vor dem Hintergrund einer neuen internationalen Staatenordnung aus unterschiedlichen politischen, völkerrechtlichen, ökonomischen, gesellschaftlichen und ethischen Perspektiven analysiert.

Heinrich Oberreuter
Armin A. Steinkamm
Hanns-Frank Seller (Hrsg.)

Weltpolitik im 21. Jahrhundert

Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung

Zur Diskussion gestellt



Emil Hübner/Heinrich Oberreuter (Hrsg.)

Parteien und Wahlen in Deutschland

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003, 237 S.

Die Frage nach der Rolle der Parteien im Dreieck mit Bürgerinnen und Bürgern einerseits, Staat und öffentliche Einrichtungen andererseits bedarf zugleich immer neuer Antworten und Austarierungen. Die mit der grundgesetzlichen Ordnung einhergegangene Aufwertung der Parteien darf dabei eben nicht bedeuten, dass letztere sich anheischig machen, im gesamten öffentlichen Raum eine derart dominante Position zu gewinnen, dass schwerwiegende Legitimationsprobleme entstehen. Zugleich wird immer wieder die Frage nach innerparteilicher Demokratie gestellt. Auch hier wird es keine Patentrezepte, wohl aber die Herausforderung zu steter Neujustierung geben: Die rechte Mitte zwischen Geschlossenheit und Schlagkraft nach außen einerseits wie diskursiver Breite und Pluralität im Inneren muss, innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen, vor allem innerparteilich stets neu gelebt und praktiziert werden.

Jede Befassung mit der Vielfalt des Parteienlebens in Deutschland kann nur einen vorläufigen Charakter haben. Schon allein

durch den Takt der Wahltermine, der zu stets neuen Kräfteverhältnissen, Konstellationen und Überlegungen führt – so haben in Deutschland ja auch Landtagswahlen durchaus nationale Bedeutung, ist die Notwendigkeit vorgegeben, Erkenntnisstände und Bewertungen fortlaufend neu zu modifizieren. Das betrifft auch die innerparteilichen Entwicklungen, bei denen sich die Beurteilungsmaßstäbe in den letzten Jahrzehnten teilweise gravierend gewandelt haben. Insofern versteht sich dieser Sammelband auch als eine Zwischenaufnahme, die die politische Bildung bereichern möge.



Kleine Schritte gegen rechte Tritte? Konzepte gegen Rechtsextremismus

Dokumentation der Tagung am 28./29. November 2003 in Tutzing, Petra-Kelly-Stiftung / Akademie für Politische Bildung Tutzing (Hrsg.)

Bamberg/Tutzing, Februar 2004, Euro 4,--

Zu beziehen als PDF-Datei über:

<http://www.petra-kelly-stiftung.de/sites/pdf-doku/Rechtsextremismus-Doku.PDF>

Geballtes Medieninteresse, Hunderttausende Demonstrierender auf den Straßen, spontane Aktionen von Garmisch bis Rostock, Förderprogramme in großem Stil – die Eckdaten des „Aufstands der Anständigen“ im Jahre 2000 waren versprechend. In der Folgezeit wurden entweder staatlich gefördert oder aufgrund von Privatinitiativen eine große Zahl an mehr oder minder stark organisierten Initiativen und Gruppen ins Leben gerufen. Ihr gemeinsames Ziel lautete, etwas gegen rechtsextremistisch motivierte Gewalt zu tun. Die Bandbreite der konkreten Projekte ist groß. Sie reicht von speziellen Programmen staatlicher Institutionen wie Polizei und Staatsschutz über sozialpädagogische Angebote zur Gewaltprävention bis hin zu Aussteigerprogrammen und Internet-Informationsplattformen.

Drei Jahre später haben viele Initiativen handfeste Existenzsorgen. Förderprogramme werden immer mehr zusammen gestrichen, die Suche nach Geldgebern belastet das Zeitbudget für die eigentliche Arbeit und die Mitarbeiter haben angesichts der angespannten Finanzlage keine persönliche Planungssicherheit. Zwischen den Initiativen herrscht harte Konkurrenz um Geld und Unterstützung. Dabei gehen die vorläufigen Bewertungen des Erfolgs oder Misserfolgs der Projekte durchaus auseinander. Während die Befürworter von Mittelstreichungen keine signifikanten Auswirkungen der Programme und Projekte zu erkennen glauben, verweisen deren Mitarbeiter u.a. auf viele kleine Erfolge vor Ort. Die derzeitige Situation ist sicherlich ein guter Zeitpunkt für einen Workshop, der dreierlei leisten will: Zum einen ein Forum zu bieten zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch für die Mitarbeiter von Programmen und Initiativen, zum anderen um eine Zwischenbilanz zu ziehen und schließlich – damit eng zusammenhängend – nach Zukunftsperspektiven zu fragen.

Michael Piazzolo / Jürgen Weber (Hrsg.)

Föderalismus

Leitbild für die Europäische Union?

Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 34,

336 S., Olzog, 2004, Euro 24,--

ISBN 3-7892-8126-3

Als die Idee der Europäischen Gemeinschaft entworfen wurde, sahen nicht wenige Europäer den Föderalismus als Leitgedanken für die Einigung der Völker und Staaten. Auch heute – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen europäischen Verfassungsdebatte – spricht einiges dafür, Europa in Zukunft „föderal zu organisieren“. Der Föderalismus scheint geeignet, Einheit und Vielfalt ins Gleichgewicht zu bringen und die Macht innerhalb einer komplexen EU sachgerecht zu verteilen.

Das Buch macht sich auf die Suche nach einem „optimalen Föderalismus“ für die EU der Zukunft. Dabei werden zunächst Spielformen dezentral und föderativ aufgebauter Länder in und außerhalb der EU untersucht. In den Fokus genommen werden: Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Kanada, Österreich, Spanien, Südafrika, die Schweiz und die USA.

Sodann wird geprüft, inwieweit diese Modelle, oder zumindest Teile davon, auf die EU übertragbar sind.

Dokumentation



Petra Kelly
STIFTUNG

Kleine Schritte gegen
rechte Tritte?
Konzepte gegen
Rechtsextremismus

AKADEMIE FÜR
POLITISCHE
BILDUNG TUTZING



Michael Piazzolo · Jürgen Weber | Hg.

Föderalismus

Leitbild für die Europäische Union?



OLZOG

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG vom 9. März 2004:

„Patient Deutschland“ – ist Heilung möglich?

Deutschland ist zum „kranken Mann Europas“ herabgesunken. Die wirtschaftspolitische Therapie, die dem „Patienten“ Genesung verschaffen soll, ist heftig umstritten. Bei einem Seminar der Akademie für Politische Bildung in Tutzing vertraten Oskar Lafontaine, bis 1999 SPD-Vorsitzender sowie Finanzminister, und Hans-Werner Sinn, der Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, höchst unterschiedliche Konzepte. MZ-Redakteur Harald Rast dokumentiert das Aufeinanderprallen der Ökonomie-Experten.

Der Politiker

Lohnhöhe: Lohnzurückhaltung ist die Ursache der deutschen Krankheit. Die Löhne und Gehälter sind das wichtigste Nachfrage-Instrument. Weitere Lohn-Senkungen wären fatal für die deutsche Volkswirtschaft. Ein Taxifahrer verdient bei uns 4,20 Euro pro Stunde. Wie weit soll sein Einkommen noch sinken?

Globalisierung: Die Löhne sollen runter, die Vorstandsbezüge explodieren. Beide Entwicklungen werden mit der Globalisierung begründet. Das versteht kein Mensch.

Wettbewerbsfähigkeit: Wegen der Euro-Stärke verteuern sich die deutschen Produkte im Ausland um bis zu 30 Prozent. Doch wenn die Löhne um zwei Prozent steigen, gilt das als tödlich für die Wirtschaft. Wer wie Deutschland Export-Weltmeister ist, kann nicht gleichzeitig als international nicht wettbewerbsfähig eingestuft werden. Natürlich verlieren wir Weltmarkt-Anteile. Doch unser 80-Millionen-Volk kann nicht dauerhaft ebenso viel exportieren wie die Milliarden-Völker China oder Indien.

Verschuldung: Den 1,2 Billionen Euro Staatsschulden stehen vier Billionen Euro Geldvermögen gegenüber. Wir vererben unseren Kindern nicht nur Schulden, sondern auch gigantische Vermögenstitel. Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, wir leben unter unseren Verhältnissen.



Oskar Lafontaine: „Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, wir leben unter unseren Verhältnissen.“

Sparpolitik: Wir können uns nicht aus einem konjunkturellen Abschwung herausparen. In der Rezession muss der Staat die Nachfrage erhöhen, indem er Infrastruktur-Programme anschiebt. Im EU-Binnenmarkt herrscht tote Hose und er wird auch im Jahr 2004 wegen der Sparpolitik nicht in Gang kommen. Der Stabilitätspakt für den Euro muss aufgegeben werden. Er ist nach der Überzeugung bekannter Ökonomen wie Milton Friedman oder James Tobin, „absurd“ und „töricht“.

Regulierung: Privatisierung und Deregulierung sind die Leitsterne des Neoliberalismus. Die Folgen sind Bilanz-Skandale und eine maßlose Bereicherung der Konzern-Vorstände.

Die Deregulierung wurde in den vergangenen Jahren übertrieben. Die unsichtbare Hand des Marktes braucht die sichtbare Hand des Staates.

Geldpolitik: Die Geldpolitik ist das Gaspedal für die Konjunktur. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank darf nicht nur der Preisstabilität dienen. Sie muss vor allem für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen. Die Wirtschaft wächst nur, wenn mehr Geld in Umlauf kommt.

Wechselkurse: Wir brauchen wieder feste Wechselkurse zwischen Yen, Dollar und Euro. Das Spekulationspotential im Währungsbereich ist zu groß. Der irrationale Handel mit Währungen bringt die Weltwirtschaft in Unordnung.

Der Ökonom

Lohnhöhe: Deutschland hat die höchsten Stundenlöhne der Welt, mit Ausnahme von Norwegen – aber die leben von ihrem Erdöl. Ein Prozent Lohn-Zurückhaltung würde längerfristig ein Prozent mehr Beschäftigung bringen. Hohe Löhne bedeuten zwar eine hohe Nachfrage nach Konsumgütern, aber gleichzeitig eine niedrige Nachfrage der Unternehmer nach Investitionsgütern. Wir müssen billiger werden, daran führt kein Weg vorbei.

Globalisierung: In den 90er Jahren verlagerten die Großkonzerne ihre Fertigung nach Asien. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wandern die mittelständischen Firmen nach Osteuropa aus. Die Verlagerung der Produktion hat eine beängstigende Dramatik angenommen.

Wettbewerbsfähigkeit: Natürlich sind und bleiben die deutschen Firmen wettbewerbsfähig – aber nur, weil sie im osteuropäischen Hinterland fertigen

lassen. Die Teile für Audi-Fahrzeuge kommen größtenteils aus Ungarn und Tschechien. Nur noch die Endmontage und die Konzernzentrale sind in Deutschland angesiedelt, um das Gütesiegel „Made in Germany“ nicht zu verlieren. Die Produktivität der deutschen Unternehmen ist deshalb so hoch, weil alle mit niedriger Produktivität längst im Ausland oder pleite sind.



Hans-Werner Sinn: „Wir müssen billiger werden, daran führt kein Weg vorbei.“

Fotos: ms

Sozialhilfe: Die deutsche Sozialhilfe ist der Jobkiller für alle gering Qualifizierten. Der Sozialhilfeszatz liegt viel zu nah an den untersten Lohngruppen. Wer 1500 Euro brutto verdient, hat netto 100 Euro mehr als ein Sozialhilfe-Empfänger. Die Sozialhilfe ist für 2,7 Millionen Empfänger ein staatliches Alternativ-Einkommen fürs Nichtstun. Deshalb sollte jeder erwerbsfähige Sozialhilfe-Empfänger seiner Kommune täglich acht Stunden für einfache Tätigkeiten zur Verfügung stehen. Die Menschen müssen arbeiten – das ist der bessere Sozialstaat. Derzeit kassieren die Leute Sozialhilfe und arbeiten illegal.

Verschuldung: Man kann nicht die Neuverschuldung erhöhen, um damit

die Zinsen für alte Verbindlichkeiten zu bezahlen. Dann wachsen die Staatsschulden in Höhe des Zinssatzes. Der Zinssatz liegt normalerweise deutlich höher als das prozentuale Wirtschaftswachstum. Die Folge: Das ökonomische System explodiert.

Geldpolitik: Dank des gewaltigen staatlichen Geldtransfers herrscht in den neuen Bundesländern ein giganti-

sches Nachfrage-Potential. Doch die Leute sind sich gegenseitig zu teuer, um sich ihre Leistungen abzukaufen. Sie kaufen lieber die Leistungen asiatischer oder osteuropäischer Anbieter. Trotz der riesigen Nachfrage-Kapazität bleibt die Beschäftigung in den neuen Ländern gering. Die deutsche Krise ist nicht konjunktureller, sondern struktureller Natur.

Christian Deutschländer im MÜNCHNER MERKUR vom 8. März 2004:

„Irgendwie besoffen im Kopp“

Oskar Lafontaine rupft an seiner Krawatte, gestikuliert wild und läuft rot an. Hans Werner Sinn schüttelt die gerunzelte Stirn, verschränkt die Arme vor der Brust und protestiert.

„Die zerschlagen sich gleich“, frohlockt ein Zuschauer. Sie tun es nicht. Der Wirtschaftsschreck und der Starökonom liefern sich nur ein dreistündiges Rededuell. Das aber hat es in sich.

Kernpunkt des Streitgesprächs in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung: Wie sieht die richtige Lohnpolitik aus? Rauf? Runter? Führen höhere Löhne zu mehr Nachfrage? Oder nur dazu, dass die Unternehmen weniger investieren?

Sinn formuliert knapp und provokant. Mit mehr Nachfrage könne man die Arbeitslosigkeit im Land höchstens um 500 000 senken. Höhere Löhne verhinderten Investitionen. Statt dessen müsse es ein unterschiedlicheres Gehaltsniveau geben. Die im Gewerkestaats zusammengekauften „Lohnstrukturen“ passten nicht zum Markt, sagt Sinn. Der Chef des Münchner Ifo-Instituts, einer der Chefexperten der Republik, fordert mehr Lohn für Top-Arbeit und weniger für Geringqualifizierte. „Wir brauchen mehr Ungleich-

heit“ sagt Sinn, und Lafontanes Gesicht wechselt bei diesem Satz erneut die Farbe.

„4,5 Millionen Menschen in Deutschland sind arbeitslos. Die sind einfach nicht wettbewerbsfähig.“

Hans-Werner Sinn

Sinn plädiert für einen Niedriglohnsektor, will aber den Wohlfahrtsstaat erhalten. Selbstbewusst wie er ist, sucht er mit diesen Botschaften das Scheinwerferlicht.

Lafontaine, der Ex-Minister, Ex-SPD-Chef und Ex-Ministerpräsident, kehrt den Klassenkämpfer raus. Über Gehälter reden? Aber ja doch: „Während Jürgen Schrempf zustimmt, dass die Löhne der Arbeiter sinken müssen, glaubt er selbst, dass sein Gehalt immer weiter nach oben gehen muss“, sagt der SPD-Rebell über den Daimler-Chrysler-Boss. Das ukrainische Lohnniveau für Arbeitnehmer solle man sich jedenfalls nicht zum Vorbild nehmen, sagt er und reckt das Kinn Richtung Sinn. Lafontaine hält wenig vom „Interessengequatsche“ um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit:

„Wir sind Exportweltmeister. Dass wir nicht wettbewerbsfähig seien, kann nicht stimmen. Ich sage jedem, der das sagt: „Ihr seid ja irgendwie besoffen im Kopp.“ Sinn blickt auf die Wasserflasche vor sich.

„Natürlich können wir als 80-Millionen-Völkchen nicht ewig Export-Weltmeister sein.“

Oskar Lafontaine

Noch Jahre nach seinem spektakulären Rückzug aus der Tagespolitik polarisiert Lafontaine. Seine Positionen, für die er als Minister heftig gescholten wurde („Der gefährlichste Mann Europas“), hat er zum großen Teil beibehalten oder zugespitzt. Verantwortung aber trägt er nicht mehr. Umso leichter tut er sich mit Ratschlägen für die Regierenden, in Bayern wie im Bund. Im konjunkturellen Abschwung den Haushalt durch Sparen zu sanieren, hält er für falsch: Die Regierung verhalte sich „wie ein Mann, der mit voller Wucht Kopf voraus gegen die Wand springt“.

Nicht mit voller Wucht, aber doch Kopf voraus drängt Lafontaine mit Auftritten wie diesem wieder stärker in die öffentliche Wahrnehmung. Der routinierte Duell-Partner Sinn nimmt ihm verbale Rangeleien nicht krumm. Warum auch, grinst Lafontaine: „Ich zitiere nur Zahlen. Bei Zahlen muss man ja nicht wütend werden.“ Bei diesem Satz normalisiert sich sogar seine eigene Gesichtsfarbe.

Norbert Sturm in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 8. März 2004:

Forscher für die Wirtschaft

... In Tutzing standen auch andere Reform-Modelle zur Diskussion. Ein als Höhepunkt geplantes Streitgespräch zwischen Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn und dem früheren Finanzminister Oskar Lafontaine verlief allerdings harmonischer als erwartet. Lafontaine forderte feste Wechselkurse zwischen den Valuten der Wirtschaftsblöcke USA, EU und Japan und eine nicht nur auf Preisstabilität, sondern auch auf Wachstum festgelegte Notenbankpoli-

tik. Für beide Positionen sei er, sagte Lafontaine, vor fünf Jahren geißelt worden. Jetzt finde er Zustimmung. Auch Sinn stimmte beiden Forderungen zu. Differenzen gab es nur bei Lohn-Fragen. Sinn will mehr Marktwirtschaft und plädiert für Senkungen im Billig-Lohn-Sektor, um den Arbeitsanreiz für Arbeitslose zu erhöhen. Der Staat sollte dann statt Lohnersatz Lohnergänzungen leisten.

Peter Schmalz im BAYERISCHEN KURIER vom 11. März 2004:

Linker Schneemann

Schwere Kost für das Tutzinger Seminarpublikum, das gern gutmenschelt und die Welt lieber rosa-sozial sieht: In der Politischen Akademie zeichnet Professor Hans-Werner Sinn mit nüchternen Strichen die düstere Lage. Deutschland schwächelt, fällt unter den europäischen Schnitt und quält sich mit einem verkrusteten Arbeitsmarkt, der kaum neue Arbeitsplätze, aber immer mehr Arbeitslose produziert. Ein schwerwiegender Grund: Die Sozialhilfe, über die Jahre deutlich stärker gestiegen als die Industrielöhne, wurde zur Lohnersatzleistung, die das Nichtarbeiten belohnt und den Preis für einfache Arbeit so verteuert, dass diese kaum mehr angeboten wird. Die Folge: Die Arbeit wandert aus und das Heer der Arbeitslosen wächst. Früher, so der Ökonomie-Experte, haben die großen Firmen nach Fernost verlagert, heute baut auch der deutsche Mittelstand die Zelte ab und schlägt sie in Osteuropa wieder auf.

Man müsse, mahnt Sinn, zwei Erkenntnisse klar unterscheiden: Die deutschen Firmen sind weltweit weiterhin wettbewerbsfähig, weil sie immer mehr Arbeit ins kostengünstigere Ausland verlegen. Die deutschen Arbeit-

nehmer aber haben ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren. Schuld daran trägt nicht der Einzelne, sondern ein Tarifkartell, das dazu geführt hat, dass der deutsche Arbeitnehmer die kürzeste Arbeitszeit und die höchsten Löhne hat.

Die vorgeschlagene Therapie lässt Gewerkschaftsfunktionäre und Sozialarbeiter erschauern: Herunter mit Sozialleistungen und Löhnen, dazu den Kündigungsschutz lockern. Kurzfristig macht Oskar Lafontaine den Zuhörern noch einmal Hoffnung: So schlimm, ereifert er sich, könne es nicht sein, schließlich ist Deutschland nach wie vor Exportweltmeister. Ein in Talkshows beliebtes Argument, doch Sinn lässt es schmelzen wie den Schneemann in der Frühlingssonne: Wohl sind die deutschen Firmen noch immer Export-Proteze, doch in den Produkten, die sie ausführen, steckt immer weniger deutsche Arbeit. Mehr als zwei von drei Arbeitsstunden in einem exportierten BMW oder Audi haben Mitarbeiter jenseits der deutschen Grenzen geleistet. Lafontaine wird für einen Moment still, er hat verstanden. Ob er sich beim nächsten TV-Auftritt noch daran erinnert?

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25. Februar 2004:

Sparen bei politischer Bildung

Presseclub-Diskussion über die Zukunft der Einrichtungen

Die finanzielle Situation für Träger von Bildungseinrichtungen wird sich in den kommenden Jahren wesentlich verschlechtern. Davon ist Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, überzeugt. Schuld daran sei der rigide Sparkurs von Ministerpräsident Edmund Stoiber, der auch die Akademien, Seminare und Weiterbildungseinrichtungen hart treffe. Allein in diesem Jahr müssen die Träger von Einrichtungen der Erwachsenenbildung auf 15 Prozent der Staatlichen Fördergelder verzichten. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Bayerischen Seminars für Politik (BSP) diskutierten Akademieleiter und Landtagsabgeordnete über die Zukunft der politischen Bildung und deren Stellung im Freistaat im

Münchner Presseclub. Dass man in einer Demokratie politisch gebildete Menschen braucht, darüber waren sich alle einig. Doch zu welchem Preis?

„In Sonntagsreden hört man Politiker immer wieder sagen, wie wichtig politische Bildung ist, und dass sie gefördert werden muss. Hinter vorgehaltener Hand heißt es dann aber, dass man sie gar nicht braucht“, hielt BSP-Geschäftsführer Robert Hofmann den Landtagsabgeordneten vor. Die Kürzungsmaßnahmen für „vertretbar, wenn auch schmerzvoll“ nannte dagegen Gerhard Waschler, für die CSU im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Stoibers Sparmaßnahmen hätten zum Ziel, „eine solide Basis zu schaffen“.

Starnberger SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. Februar 2004:

Akademie Tutzing finanziell gesichert

Der Haushalt der Akademie für Politische Bildung ist gesichert. „Die Staatsregierung ist einsichtig gewesen“, sagt Akademiedirektor Professor Heinrich Oberreuter. Wie berichtet, hatten die rigorosen Sparpläne des Kultusministeriums den Bestand der Akademie gefährdet. Erst im Nachtragshaushalt des Freistaats war der Exitus der Bildungsstätte verhindert worden. „Arbeitsfähig sind wir jedoch nicht“, sagte Oberreuter noch im Januar. Es fehlte Geld. Jetzt hat die Regierung „im Wege des Haushaltsverzugs“ nachgelegt. Voraus gingen Gespräche mit dem Ministerpräsidenten. „Es geht jetzt nicht mehr an die akademische Substanz“, so Oberreuter. Auf der Strecke blieben jedoch Renovierungsarbeiten. ... ■

„Begriff nicht verwendet“

Zum Tagungsbericht im Akademie-Report 1/2004, S. 9 „Kritisches zur Kriegs-Macht des US-Präsidenten“

Die Passagen über meinen Vortrag sind unzutreffend. Insbesondere lege ich Wert auf die Feststellung, dass ich den zitierten Begriff „war of unlimited liberty“ nicht verwendet habe. Im Mittelpunkt meiner acht Thesen standen vielmehr folgende Überlegungen:

Der „Krieg gegen den Terrorismus“ ist von Präsident Bush als „langer Feldzug“ konzipiert und sein Ende in ferne Zukunft projiziert worden. Der Ausnahmezustand wird zum Dauerzustand, der zur weltpolitischen Neuordnung genutzt werden soll (Bush: „time of opportunity“). Die angestrebte pax americana wird jedoch nicht ein anhaltender Frieden, sondern eine Zeit anhaltender Kriege („enduring war“) sein. Der „totale Sieg des Guten über das Böse“ (Bush) ist eine eschatologische Perspektive, die politisch verhängnis-

voll ist. Weltpolitisch bedeutsam ist: Die Maxime der „präventiven Selbstverteidigung“ und das Prinzip „Angriff ist die beste Verteidigung“ sowie deren Anwendung auf den Irak haben einen ordnungspolitischen Konflikt zwischen den großen Mächten erzeugt. Die USA beanspruchen für sich das Recht, unilateral zu entscheiden, ob ein Staat seine Souveränität verwirkt hat und legitimes Ziel einer Militärintervention ist. Das kommt dem Ende der neuzeitlichen internationalen Ordnung gleich, die auf dem Prinzip der Nebenordnung, nicht der Über- und Unterordnung basiert.

Auch die UN-Satzung erlaubt nicht die Herrschaft einer Großmacht, wohl aber die gemeinsame Führung – bei Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und vier weiterer Mit-

glieder. Im Irak-Fall ist deshalb der UN-Sicherheitsrat zum Ort der ordnungspolitischen Auseinandersetzung geworden: Die Instrumentalisierung des Sicherheitsrates durch die USA für ihre hegemonial-imperiale Politik ist von den anderen großen Mächten (außer Großbritannien) verhindert worden. Und sie haben ihrerseits versucht, den Sicherheitsrat als Instrument zu nutzen, um ihren Mitführungsanspruch zu realisieren.

Welche Möglichkeiten der Konfliktregulierung bestehen, habe ich abschließend diskutiert. Meine SchlussThese lautete, dass in unserer unperfekten Welt weder „enduring freedom“ noch „enduring peace“ erreicht werden können – schon gar nicht durch „enduring war“ ■

Werner Link

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

23-1 4. – 6. Juni

Die neue Unübersichtlichkeit. Zur Multipolarität der internationalen Ordnung

Leitung: Saskia Hieber / Michael Piazzolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-1* 14. – 18. Juni

Sand im politischen Prozess? Reformnotwendigkeiten in der parlamentarischen Demokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-2 14. – 16. Juni

Europa nach der EU-Erweiterung

Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing, der Vertretung der Europäischen Kommission in München und der Südosteuropa-Gesellschaft

Tagungsort: Evangelische Akademie Tutzing

Leitung: Peter Hampe / Martin Held / Johanna Deimel

Sekretariat: Ina Rauß Tel. 08158/256-53

25-3 18. – 20. Juni

Sachverstand im Konflikt:

Entstaatlichung – Motor für die Gleichstellung an Hochschulen?

In Zusammenarbeit mit der Landeskonzferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen

Leitung: Miriam Wolf / Anne Hueglin / Ulla Mitzdorf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-4 20. Juni

Gott und die Welt

Passauer Tetralog, Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

26-1* 21. – 23. Juni

Der politische Film in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Jutta Gruber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

26-2* 24. – 25. Juni

Regierungskommunikation

Instrumente und Probleme informeller politischer Steuerung

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Mireen Hilbert Tel. 08158/256-59

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

26-3 25. – 26. Juni
Eliten in Deutschland – Problem oder Problemlöser?
Leitung: Michael Piazo / Jürgen Weber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-3* 28. – 30. Juni
Erfolg in Schule und Beruf? – Die pädagogischen Ressourcen von Migrantenfamilien
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-4* 30. Juni – 2. Juli
Selbsthilfe als 4. Säule des Gesundheitswesens?
Der gesellschaftspolitische Wert der Selbsthilfe in Bayern
In Kooperation mit der Selbsthilfekoordination Bayern
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Juli

27-5 2. – 4. Juli
Globale Bedrohung Terrorismus: Formen, Potentiale, Finanzierung
Leitung: Saskia Hieber
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

28-1* 5. – 9. Juli
Fremder Partner Türkei
Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Piazo / Claudia Reichmann
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

28-2* 5. – 9. Juli
Zeitgeschichte im Film
Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

28-3 9. – 11. Juli
„Die Würde des Menschen war unantastbar“ – Eine These im Widerstreit
Leitung: Heinrich Oberreuter / Miriam Wolf
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

29-3 16. – 17. Juli
Agenda 2010 und Umbau des Sozialstaats – Gerechtigkeit ade?
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

29-4* 12. – 14. Juli

Wohin Deutschland? Von der Wirtschafts- zur Systemkrise

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund,
dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Deutschen Frauenbund/Landesverbände Bayern

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

29-5 14. Juli

Mein Weg zum 20. Juli – Die Einsamkeit des Widerstands

Akademiegespräch im Bayerischen Landtag

Vortrag: Baron Philipp Freiherr von Boeselager

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

30-3* 21. Juli

Probleme der Sozialkunde an beruflichen Schulen

Tagung in Zusammenarbeit mit Studienseminaren aus beruflichen Schulen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

August

32-1* 2. – 5. August

Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart

Ferienseminar 1 für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

36-1 31. August – 3. September

Wege aus der Sackgasse: Wirtschafts- und Sozialreform in Deutschland

Ferienseminar 2

Leitung: Peter Hampe

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Mireen Hilbert	Azubi@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51
Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde vom Sächsischen Wissenschaftsminister erneut in das Kuratorium der TU Dresden berufen. Die vom Landtagspräsidenten eingesetzte Diätenkommission des Bayerischen Landtages wählte ihn zu ihrem Vorsitzenden. Zu Politik und Reform in Deutschland sprach er in Karlsfeld und Pfarrkirchen, zur Sparpolitik gegenüber der politischen Bildung im Presseclub München, zur EU-Osterweiterung in München, Oberalteich und Cadenabbia. Anlässlich des Ehrenkolloquiums zur Verabschiedung des Rektors der TU Dresden, Achim Mehlhorn, referierte er über „Hochschulpolitik in der Wissensgesellschaft“. An der FH Fulda sprach er im Rahmen der Ringvorlesung „Medien und Gesellschaft“ über „Demokratische Medien oder Mediokratie“ und an der Kritischen Akademie Inzell zur Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern.

KOLLEGIUM

Dr. Michael Piazolo hielt Vorträge zum Thema „Charta der Grundrechte der EU“ in Erlangen, Neubuern, München und Teisendorf. Bei der Landesversammlung der Europa-Union, Bayern, ist er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden. Seit April diesen Jahres wirkt er im Rahmen einer deutsch-französischen Projektgruppe mit Sekretariat in Brüssel an der Erstellung eines Verfassungsentwurfes für eine EU der Zukunft mit.



KURATORIUM

Prof. Ursula Männle wurde zur stellvertr. Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung gewählt. Bei der Landtagswahl im September 2003 konnte sie den Wahlkreis Starnberg direkt erobern. Im Bayerischen Landtag ist sie stellvertr. Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Sparhaushalt zwingt Akademie zur Erhöhung der Tagungsgebühren

Die Sparpolitik der Staatsregierung nimmt auch die Akademie nicht aus. Haushaltslücken können nicht allein durch weitere Einsparungen geschlossen werden. Deswegen ist eine moderate Erhöhung unserer Tagungsgebühren unausweichlich. Die genauen Preise entnehmen Sie bitte dem jeweiligen Seminarprogramm. Außerdem müssen wir Reisekostenzuschüsse komplett streichen. Wir bedauern beide Maßnahmen außerordentlich, bitten aber um Verständnis für diese Entscheidungen, die allen Beteiligten nicht leicht gefallen sind. Wir sehen keine Alternativen, um Umfang und Qualität der Akademiearbeit auch in Zukunft in der gewohnten Weise sicherzustellen.

HO

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing